


107. Sitzung, Montag, 15. März 2021, 08:15 Uhr

 Vorsitz: *Roman Schmid (SVP, Opfikon)*
Verhandlungsgegenstände

- 1. Mitteilungen 2**
 Antworten auf Anfragen
 Ratsprotokoll zur Einsichtnahme
- 2. Wahl Mitglied Sozialversicherungsgericht (60%) 3**
 für Verena Daubenmeyer
 Antrag der Interfraktionellen Konferenz
 KR-Nr. 31/2021
- 3. Wahl Mitglied Sozialversicherungsgericht (90%) 4**
 für Hans-Jakob Mosimann
 Antrag der Interfraktionellen Konferenz
 KR-Nr. 32/2021
- 4. Verhandlungen mit der Stadt Zürich zum Rosengarten 5**
 Dringliche Interpellation Ruedi Lais (SP, Wallisellen), Jeannette
 Büsser (Grüne, Zürich), Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.),
 Judith Anna Stofer (AL, Zürich) vom 22. Februar 2021
 KR-Nr. 43/2021
- 5. Erfolgreiche Corona-Exit-Strategie 30**
 Dringliche Interpellation Lorenz Habicher (SVP, Zürich), Tobias
 Weidmann (SVP, Hettlingen), Benjamin Fischer (SVP,
 Volketswil) vom 22. Februar 2021
 KR-Nr. 44/2021
- 6. Verschiedenes 61**
 Nachruf

1. Mitteilungen

Geschäftsordnung

Ratspräsident Roman Schmid: Die Geschäfte 4 und 5 (KR-Nrn. 43/2021 und 44/2021) werden entgegen dem Hinweis auf der Traktandenliste in freier Debatte behandelt.

Die Geschäftsleitung beantragt Ihnen, die Geschäfte 34 und 35 (KR-Nrn. 18/2021 und 17/2021) heute Nachmittag gemeinsam in reduzierter Debatte zu behandeln. Sie sind damit einverstanden.

Wünschen Sie das Wort zur Geschäftsliste? Das ist nicht der Fall. Wir fahren fort wie vorgesehen.

Ich bitte Sie, nicht mehr hinter den Rednerpulten durchzulaufen, wenn Sie sich im Saal bewegen. Ebenfalls bitte ich Sie, sich leise zu verhalten, wenn Sie mit dem «Vorbock» oder mit dem «Bock» sprechen. Es wirkte sich in der Vergangenheit teilweise störend aus für die Sprechenden. Vielen Dank für die Kenntnisnahme und Ihre Mithilfe.

Antworten auf Anfragen

Ratspräsident Roman Schmid: Der Regierungsrat hat uns die Antworten auf fünf Anfragen zugestellt:

- KR-Nr. 424/2020, Schwachstellen im Velonetzplan – Zuständigkeiten zur Behebung zwischen Kanton und Gemeinden
Ulrich Pfister (SVP, Egg), Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), Ruth Ackermann (CVP, Zürich)
- KR-Nr. 431/2020, Holperpiste Seestrasse – wie lange noch?
Fabian Müller (FDP, Rüschlikon), Thomas Vogel (FDP, Thalwil), Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich)
- KR-Nr. 433/2020, Proteste am Spital Bülach
Hans Egli (EDU, Steinmaur), Wilma Willi (Grüne, Stadel)
- KR-Nr. 464/2020, Monumentale Bus-Haltestelle Felbenstrasse/Zollikon
Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos)
- KR-Nr. 467/2020, Eröffnung Nordumfahrung: Was macht der Kanton?
Nicola Siegrist (SP, Zürich), Jeannette Büsser (Grüne, Zürich)

Ratsprotokoll zur Einsichtnahme

Auf der Webseite des Kantonsrates ist einsehbar:

– Protokoll der 104. Sitzung vom 22. Februar 2021, 8.15 Uhr

2. Wahl Mitglied Sozialversicherungsgericht (60%)

für Verena Daubenmeyer

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 31/2021

Ratspräsident Roman Schmid: Diese Wahl wird gemäss Paragraf 125 des Kantonsratsgesetzes im geheimen Verfahren durchgeführt.

Markus Bischoff (AL, Zürich), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen zur Wahl vor:

Eva Slavik, SP, Winterthur.

Ratspräsident Roman Schmid: Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Dann schreiten wir zur Wahl. Der Eingang ist zu schliessen und die Anwesenden sind zu zählen. Ich mache darauf aufmerksam, dass im Ratssaal ein Foto- und Filmverbot herrscht.

Wir gehen wie folgt vor: Die Stimmzähler verteilen auf mein Zeichen hin die Stimmzettel und sammeln diese auf mein Zeichen hin wieder ein. Ich bitte Sie, an Ihren Plätzen zu bleiben, bis ich das Zeichen geben kann, dass alle Stimmzettel wieder eingesammelt sind.

Nun bitte ich Sie, die Taste «1» zu drücken. Die Wahlzettel können jetzt ausgeteilt werden.

Ich bitte die Stimmzähler, die Wahlzettel wieder einzusammeln.

Ich beantrage Ihnen, die Auszählung innerhalb des Ratssaals durchzuführen. Sie sind damit einverstanden. Weiter beantrage ich Ihnen, während der Auszählung mit den folgenden Traktanden weiterzufahren. Sind Sie damit einverstanden? Das ist der Fall.

Die geheim vorgenommene Wahl ergibt folgendes Resultat:

Anwesende Ratsmitglieder	151
Eingegangene Wahlzettel	151
Davon leer	12
Davon ungültig	0
Massgebende Stimmenzahl	139

Absolutes Mehr70
 Gewählt ist Eva Slavik mit130 Stimmen
 Vereinzelte9 Stimmen
 Gleich massgebende Stimmenzahl von.....139 Stimmen

Ich gratuliere Eva Slavik zu ihrer ehrenvollen Wahl und wünsche ihr viel Erfolg und Befriedigung im Amt.

Das Geschäft ist erledigt.

3. Wahl Mitglied Sozialversicherungsgericht (90%)

für Hans-Jakob Mosimann

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 32/2021

Ratspräsident Roman Schmid: Diese Wahl wird gemäss Paragraf 125 des Kantonsratsgesetzes im geheimen Verfahren durchgeführt.

Markus Bischoff (AL, Zürich), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen zur Wahl vor:

Annette Grieder, SP, Zürich.

Ratspräsident Roman Schmid: Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Dann schreiten wir zur Wahl. Der Eingang ist zu schliessen und die Anwesenden sind zu zählen. Ich mache darauf aufmerksam, dass ein Foto- und Filmverbot herrscht.

Wir gehen wie folgt vor: Die Stimmzähler verteilen auf mein Zeichen hin die Stimmzettel und sammeln diese auf mein Zeichen hin wieder ein. Ich bitte Sie, an Ihren Plätzen zu bleiben, bis ich das Zeichen geben kann, dass alle Stimmzettel wieder eingesammelt sind. Nun bitte ich Sie, die Taste «1» zu drücken. Die Wahlzettel können jetzt ausgeteilt werden.

Ich bitte die Stimmzähler, die Wahlzettel wieder einzusammeln. Ich beantrage Ihnen, die Auszählung innerhalb des Ratssaals durchzuführen. Sie sind damit einverstanden. Weiter beantrage ich Ihnen, während der Auszählung mit den folgenden Traktanden weiterzufahren. Sind Sie damit einverstanden? Das ist der Fall.

Die geheim vorgenommene Wahl ergibt folgendes Resultat:

Anwesende Ratsmitglieder	159
Eingegangene Wahlzettel	159
Davon leer	13
Davon ungültig	0
Massgebende Stimmenzahl	146
Absolutes Mehr	74
Gewählt ist Annette Grieder mit	140 Stimmen
Vereinzelte	<u>6 Stimmen</u>
Gleich massgebende Stimmenzahl von	146 Stimmen

Ich gratuliere Annette Grieder zur ehrenvollen Wahl und wünsche Erfolg und Befriedigung im Amt.

Das Geschäft ist erledigt.

4. Verhandlungen mit der Stadt Zürich zum Rosengarten

Dringliche Interpellation Ruedi Lais (SP, Wallisellen), Jeannette Büsser (Grüne, Zürich), Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.), Judith Anna Stofer (AL, Zürich) vom 22. Februar 2021

KR-Nr. 43/2021

Ratspräsident Roman Schmid: Es beantwortet die dringliche Interpellation mündlich die Volkswirtschaftsdirektorin, Regierungsrätin Carmen Walker Späh.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Gerne beantworte ich die dringliche Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1: Die Rosengartenstrasse beschäftigt die Bevölkerung und die Politik seit der Eröffnung der Westtangente als Provisorium im Jahre 1972. Bei der Rosengartenstrasse handelt es sich um eine Hauptverkehrsachse, die im kantonalen Richtplan festgesetzt ist. Gemäss Paragraphen 43 folgende des Strassengesetzes sind die Städte Zürich und Winterthur für die Erstellung, den Ausbau und den Unterhalt von überkommunalen Strassen auf ihrem Gebiet zuständig. Entsprechend liegt die Verantwortung für die Rosengartenachse nach der Volksabstimmung vom 9. Februar 2020 wieder bei der Stadt Zürich. Der Kanton

wurde seit der Volksabstimmung vom 9. Februar 2020 weder auf politischer noch auf fachlicher Ebene von der Stadt Zürich bezüglich des weiteren Vorgehens auf der Rosengartenachse kontaktiert.

Zu Fragen 2 und 4: Der Regierungsrat steht für einen Dialog mit dem Stadtrat von Zürich selbstverständlich zur Verfügung, soweit dies seine Rolle als Genehmigungsbehörde von Strassenprojekten zulässt. Bauliche Massnahmen auf überkommunalen Strassen auf dem Gebiet der Städte Zürich und Winterthur bedürfen der Genehmigung durch den Regierungsrat gemäss Paragraf 45 Absatz 3 des Strassengesetzes. Der Regierungsrat prüft dabei das Projekt auch in Bezug auf die Einhaltung von Artikel 104 Absatz 2^{bis} der Kantonsverfassung, der Vorgaben des Strassengesetzes und der umweltrechtlichen Aspekte.

Die Frage 3 beantworte ich ebenfalls gerne wie folgt: Lärmsanierungen auf überkommunalen Strassen fallen ebenfalls in die Zuständigkeit der Stadt Zürich gemäss Paragraf 43 Absatz 1 des Strassengesetzes. Es liegt somit in der Verantwortung der Stadt Zürich, Möglichkeiten und deren Auswirkungen aufzuzeigen.

Besten Dank für die geschätzte Kenntnisnahme.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Wenn das soeben Gehörte tatsächlich die Antwort des Regierungsrates ist, müssen wir Frau Regierungsrätin um Verständnis und Verzeihung bitten, Verständnis und Verzeihung dafür, dass unsere Reaktion keine Bewerbungsrede für den diplomatischen Dienst sein kann. Aber blenden wir zurück:

Am 9. Februar 2020 wurde die zweiteilige Rosengarten-Vorlage mit fast Zweidrittelmehrheit vom Volk und allen Gemeinden versenkt. Man dürfte nicht falschliegen mit der Annahme, dass sich ein verkehrs- und umweltpolitisches und ein finanzpolitisches Nein kumuliert haben. Eine vertiefte Analyse und Aufarbeitung dieses fast historischen Debakels des Regierungsrates täte also not. In unserem Rat sitzt eine grosse Zahl von Leuten, die früher oder heute in Kollegialbehörden mitwirken. Was macht nun also eine kleine Primarschulpflege, wenn das Volk ihr Schulhausprojekt derart deutlich ablehnt? Richtig, sie hält eine Nachlese, ärgert sich als Team über das Resultat und erwägt die nächsten Schritte. Später gibt sie Aufträge an die Ressortvorsteher und an die Verwaltung, um das Problem doch noch zu lösen. Ganz anders verhält sich offenbar der Regierungsrat. Er schweigt das Thema tot und lässt die zuständige Direktorin schadenfroh hocken. Keine Sekunde fragt sich diese angebliche Kollegialregierung, wie es zum Debakel gekommen ist und was jetzt zu tun ist; von Kollegialität also keine Spur. Die

Antwort auf unsere simple Frage «Wie weiter? Was wurde unternommen?» konnte deshalb nur von dieser soeben vorgetragenen provokativen Erbärmlichkeit sein. Sie hätte eigentlich aus einem einzigen Wort bestehen müssen: Nichts. Oder in aller Offenheit: «Nichts, sicher nichts, der Regierungsrat hat sicher nichts unternommen.» Er hat am Nachmittag des 9. Februar 2020 offenbar schlagartig vergessen, dass die Vorlage ein Gemeinschaftswerk von Stadtrat und Regierungsrat gewesen war.

Weiter geht die Antwort im obrigkeitlichen Stil des 18. Jahrhunderts. Sie besteht aus fadenscheinigen juristischen Belehrungen. Zum Anti-stau-Artikel gibt es weder Verwaltungs- noch Behördenentscheide und schon gar keine Gerichtspraxis. Der Artikel erwähnt die Leistungsfähigkeit der Strasse, die erhalten werden müsse. Seit meiner Mathematik-Matur 1972 weiss ich, dass der Durchsatz, also die Leistungsfähigkeit einer Strasse für Personenwagen bei Tempo 32 am grössten ist. Ich habe die Aufgabe damals mit Bravour gelöst. Der Rosengarten ist aber keine Mathematik-Aufgabe. Was die Leistungsfähigkeit und was die ebenfalls genannten einzelnen Abschnitte im umliegenden Strassennetz bedeuten, ist im Moment offen und muss genau Teil des Dialogs sein, den wir dringend anregen. Die Verkehrspolitik von Stadt und Kanton Zürich muss doch bei uns in Zürich stattfinden und möglichst nicht am Bundesgericht in Sankt Gallen und Lausanne. Wenn Sie aber mit den schnoddrigen Belehrungen wirklich andeuten, die Stadt solle besser eigenmächtig vorgehen und dann den Rechtsweg beschreiten: Ist das die Art, urbane Probleme zu lösen? Würden Sie auch mit Landgemeinden, welche nach Verkehrsberuhigung auf der Kantonsstrasse rufen, so umgehen? Auf die juristischen Schwierigkeiten bei der Tunnel-Vorlage haben Sie und der Stadtrat damals kreativ reagiert und uns ein Spezialgesetz vorgelegt, das Kompetenzen verschob. Warum kann man nicht für eine sanftere, finanziell tragbarere Lösung ein Spezialgesetz erarbeiten, zumal wir mitten in der grössten Umweltkrise stecken?

Frau Volkswirtschaftsdirektorin, selbst Ihre hartgesottensten verkehrspolitischen Kritikerinnen haben Sie mit Ihrem jahrzehntelangen Kampf für den Waidhaldentunnel mit Ihrem Mut und Ihrer Zivilcourage beeindruckt. Ihre enttäuschte erste Reaktion vor einem Jahr war verständlich, als Sie sagten, das «Wie weiter?» sei nun alleinige Sache der Stadt. Trotzdem: Mutig wäre es gewesen und wäre es noch heute, wenn Sie als damalige Regierungspräsidentin für eine Aussprache im Regierungsrat und dann auch mit dem ehemaligen Partner, dem Stadtrat von Zürich, gesorgt hätten.

Die SP wird weiterhin daran arbeiten, den Stadt-Land-Graben zu überwinden – in allen Dossiers. Es wäre doch schade, wenn nicht unterschiedliche parteipolitische Mehrheiten in Stadt und Land das grösste Hindernis wären, sondern diese unsägliche Verweigerungshaltung des Regierungsrates, wie sie in der eben verlesenen Antwort aufscheint. Besten Dank für Ihr Verständnis und Ihre Aufmerksamkeit.

Christoph Marty (SVP, Zürich): Das waren jetzt doch etwas seltsame Schlussfolgerungen von einem Verkehrsplaner, der das eigentlich besser wissen müsste. Aber eben, wie gehört: Die Rosengartenstrasse in ihrer heutigen Form hat bereits eine längere Geschichte. Sie wurde 1972 in Betrieb genommen, nach einer Volksabstimmung, der alle Stadtkreise – der Kreis 10 übrigens mit überdeutlicher Mehrheit – zugestimmt hatten. Die politische Gemeinde Zürich hat seither unzählige Chancen vertan, ihre Verkehrsprobleme in geordnete Bahnen zu lenken. Seit ich mich erinnern kann, wurden die Anforderungen verdrängt und negiert. Es würde die ganze Redezeit in Anspruch nehmen, hier die Chronologie aller Fehlschläge anzusprechen, so fokussieren wir nur auf den jüngsten, der mit dieser dringlichen Interpellation angesprochen wird, und fangen mit dessen Vorgeschichte an.

Nachdem die linken Ratsmehrheiten in der Stadt den Bau einer Tramverbindung über die Rosengartenstrasse als eminent wichtig und unverzichtbar erklärt hatten – dies übrigens in Widerspruch zu den Verkehrsbetrieben der Stadt Zürich (VBZ), die hier keine Notwendigkeit erkennen konnten –, hat der Kanton ein Vorprojekt ausgearbeitet, bei welchem der MIV (*motorisierter Individualverkehr*) unterirdisch durch einen Tunnel geleitet und die Rosengartenstrasse und der westliche Teil der Bucheggstrasse als Quartierstrasse mit Tramtrasse und Velowegen aufgewertet werden sollten. Ich war als Städtzürcher Gemeinderat Mitglied der zuständigen Spezialkommission SID/V (*Spezialkommission Sicherheitsdepartement, Verkehr*), in welcher das Vorprojekt beraten wurde. Doch kaum lag es auf dem Tisch, wurde ich Zeuge eines Wunders: Die rot-grüne Seite wechselte ihre Meinung um 180 Grad. Das Tram, welches zuvor als absolut unverzichtbar erklärt wurde, war auf einmal nicht mehr nötig. Es liess ich nicht mehr länger kaschieren: Der Zweck der Tramspuren wäre einzig und allein die Schikane des MIV gewesen. Das war aber auch nicht wichtig, denn in der Stadt Zürich wusste ohnehin jede, worum es dabei ging. Leider aber kam diese Abstimmungsniederlage nicht wirklich aus heiterem Himmel. Die Kommunikation, dass es sich dabei um ein Vorprojekt gehandelt hat, welches noch massiv überarbeitet worden wäre, kam so nicht durch. So wie

das Vorprojekt vorlag, war es nicht wirklich ansprechend, sodass es auch von den Befürwortern nur kontrovers aufgenommen wurde. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Zürcher Stimmberechtigten sehr wohl bereit sind, auch grössere Investitionen in ihre Infrastrukturen zu sprechen, aber es muss bei den Projekten auch ein vernünftiges Kosten-Nutzen-Verhältnis erkennbar sein, und das war hier eher anspruchsvoll. Und dass die rot-grüne Mehrheit der städtischen Politik reflexartig jeder konstruktiven Lösung von vornherein eine Absage erteilt, hat auch nicht geholfen. Aber dass die Stimmbürger das Vorprojekt versenkt haben, ist nur die eine Seite der Medaille, die andere ist: Sie haben für den Status quo gestimmt. Sie haben zugestimmt, dass es so bleibt wie es ist. Zudem haben sie mit der Annahme des Gegenvorschlags zur Antistau-Initiative, so geschehen vor gut drei Jahren, ein eindeutiges Verdikt gesprochen und dieses auch gleich in der Kantonsverfassung festgehalten. Artikel 104 legt unmissverständlich fest: Ein Kapazitätsabbau muss im umliegenden Strassennetz mindestens ausgeglichen werden. Da ist der Handlungsspielraum doch sehr klar definiert und die Vorgaben des Souveräns sind hier glasklar. Die Kapazität der bestehenden Infrastruktur muss erhalten bleiben und es liegt nicht am Regierungsrat, hier wieder aktiv zu werden.

Mit ihrer vierten Frage geben die Interpellanten vor, für die ganze Wipkinger Bevölkerung zu sprechen. Dem ist keinesfalls so. Das stelle ich mir auch eher anspruchsvoll vor, wenn man als Initiant weit hinter dem Uetliberg lebt oder im Glatttal. Aber wie auch immer: Von den rund 15'000 Einwohnern Wipkingens sind – wenn überhaupt – nur wenige hundert direktbetroffen.

Nach der verlorenen Abstimmung zum Rosengartentunnel kann vom Kanton nicht erwartet werden, wieder ein neues Projekt auszuarbeiten, da es jetzt schon absehbar ist, dass die rot-grüne Stadt auch ein neues Projekt wieder nach Kräften unterminieren wird. Es liegt jetzt wirklich an der Stadt Zürich, endlich aufzuhören, die Augen vor ihren eigenen Verkehrsproblemen zu verschliessen und tragfähige Konzepte vorzulegen, wie sie es sich vorstellt, das Verkehrsvolumen umwelt- und wirtschaftsverträglich zu bewältigen. Da hat sich die Gemeinde an den Kanton zu wenden – und nicht umgekehrt. Und meines Wissens herrscht in der Stadt Zürich diesbezüglich weiterhin Stillstand. Der Handlungsbedarf ist sehr wohl gegeben, aber nicht in der Form, in der er hier vorgetäuscht wird.

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich): Ich nehme Bezug vor allem auf den Rundumschlag an die Regierungsrätin vonseiten der SP und gehe

auf die einzelnen Fragen der Interpellation ein. Zu Frage 1: Was hat der Regierungsrat seit dem 9. Februar 2020 unternommen? Ich kann hier der Volkswirtschaftsdirektorin nur beipflichten, der Kanton hat im Vorfeld der Abstimmung immer betont: Es gibt keinen Plan B in der Schublade. Daher kann nun vom Kanton nicht erwartet werden, dass er eine andere Lösung aus der Schublade zaubert. Die Vorlage war ein Spezialgesetz, eben in Zusammenarbeit mit der Stadt. Diese Vorlage wurde abgelehnt und nun ist die Zuständigkeit wieder bei der Stadt. Es ist bemerkenswert, wir haben es gehört: Die Stadt hat weder auf politischer noch auf fachlicher Ebene den Kanton in den vergangenen 13 Monaten kontaktiert. Das ist keine Arbeitsverweigerung, die man unserer Regierung vorwerfen muss, das ist die Arbeitsverweigerung der Stadt. 13 Monate sind eine lange Zeit für eine unhaltbare Situation für die Anwohnenden. Man kann daraus folgern, dass die links-grüne Stadtregierung den Volkswillen nicht ernst nimmt oder eben keine Lösung für den gordischen Knoten hat, sonst hätte eben eine Kontaktaufnahme erfolgen oder eine Lösungsidee präsentiert werden müssen. Es gibt zwei vom Gemeinderat überwiesene Vorstösse an den Stadtrat. Der Stadtrat soll nun zuerst einmal liefern, bevor die Interpellanten vom Kanton wissen wollen, was er unternommen hat. Die Stadt ist nun klar am Zug, zu kommunizieren, was sie will. Sie muss den Volkswillen und den Willen der Mehrheit des Parlaments umsetzen. Wir wissen, dass dies schwierig ist, da nämlich eben das übergeordnete Recht zwingend beachtet werden muss. Vielleicht kommen heute nun auch einige mehr zum Schluss, dass die Vorlage vom 9. Februar 2020 gar nicht so schlecht war.

Zu Frage 2, zur kooperativen Herangehensweise: Eine Kooperation ist in unseren Augen wünschenswert. Wir danken dem Kanton, dass er weiterhin für einen Dialog zur Verfügung steht. Dies ist auch nötig, da er, wie wir gehört haben, bauliche Massnahmen genehmigen muss. Der Kanton ist verpflichtet, die Einhaltung der Kantonsverfassung, die Vorgaben des Strassengesetzes und umweltrechtliche Aspekte zu prüfen. Immer wieder wird die dritte Röhre am Gubrist erwähnt. Dank dieser könnten dann am Rosengarten ein bis zwei Spuren abgebaut werden. In der Antwort auf die Anfrage 467/2020 – sie war letzte Woche im Ratsversand – war zu lesen, dass die Prognose für die Achse Pfingstweidstrasse–Rosengartenstrasse–Bucheggstrasse an einem durchschnittlichen Werktag eine geringe Entlastung von 2000 Fahrzeugen bei einer jetzigen Verkehrsbelastung von rund 56'000 Fahrzeugen bringt – 2000 von 56'000. Der Ausbau der Nordumfahrung rechtfertigt somit keinen Spurabbau. Die Verkehrsreduktion muss auf andere Weise erfolgen, doch dazu komme ich dann später nochmals. Die FDP

begrüssst umso mehr, dass der Regierungsrat weiterhin für einen Dialog zur Verfügung steht, aber die Stadt muss den ersten Ball werfen. Private Lösungen, wie es die Gruppe der Rosengärtnerinnen kürzlich im Heft «Hochparterre» (*Schweizer Architekturzeitschrift*) vorgestellt haben, können somit kreative Lösungen sein, können die Diskussion anregen und sind für die Medien dankbarer Stoff für den Wahlkampf, aber keine eigentlichen Lösungen.

Die Frage 3, Lärmsanierung: Zur Antwort auf diese Frage gibt es eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Gemäss Paragraf 43 des kantonalen Strassengesetzes besteht die Zuständigkeitsdelegation an die Stadt. Die Stadt soll sich entscheiden, ob sie nun autonom entscheiden will oder Hilfe vom Kanton erwartet.

Zur Frage 4, Dialog und Verhandlung mit der Stadt: Ja, der Dialog muss in Gang kommen. Die jetzige Situation, wo gar nichts läuft, ist nämlich nicht neu und nicht befriedigend. In vielen Abstimmungen, auch in städtischen Abstimmungen, wurde jede Lösung verworfen. Das Thema wird jetzt in der Stadt weiterbewirtschaftet, jedoch nur von den privaten Interessengemeinschaften. Der Kanton muss weiterhin am Tisch bleiben, damit eine Lösung gefunden wird.

Das Fazit 13 Monate nach der Abstimmung ist ernüchternd: Es ist keine Lösung und kein Dialog in Sicht. Die bislang präsentierten Ideen enthalten einen unzulässigen Spurabbau, und 100 neue Bäume, Tempo 30 und Fussgängerübergänge sind bei diesem Verkehrsfluss nicht die Lösung. Auch 30'000 ist immer noch mehr, als der Gotthard an Ostern hat. Das Tram wurde abgelehnt, einen Tunnel will man nicht. Also wie weiter? Die Taktverdichtung von Buslinien bringt auch keine Lösung, doch der ÖV muss signifikant ausgebaut werden.

Im Gegensatz zur Stadt war die FDP nicht untätig. In den vergangenen Monaten haben wir eine weitere Möglichkeit ernsthaft und mit Fachleuten geprüft, und zwar eine Seil- oder Hochbahn vom Albisriederplatz bis zum Irchel kann die Lösung sein. Sie hat einen geringeren Platzbedarf, kürzere Bauzeiten, sie hat eine Kapazität von 6000 Personen pro Stunde, wie es auch das Tram hätte ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Urs Glättli (GLP, Winterthur): Die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden ist eine komplexe Sache in unserem Kanton. Das gilt insbesondere im Strassenwesen und es zeigt sich einmal mehr hier am Rosengarten. Zur Lösung komplexer Probleme gefragt ist eben einmal mehr ein ergänzendes Miteinander und kein Gegeneinander. Bereits die

Kantonsverfassung gebietet, dass Kanton und Gemeinden in der konkreten Aufgabenerfüllung zusammenwirken. Soweit der Stadt Zürich wie hier nun der Projektlead zukommt, steht es dem Regierungsrat offen, dass er der Stadt partnerschaftlich und zielgerichtet seine Dienste anbietet. Die Grünliberale Fraktion hat die Interpellation nicht miteingereicht, weil wir sie nicht als dringlich erachten; immerhin ist nun schon ein Jahr vergangen seit der Ablehnung der kantonalen Rosengarten-Vorlage. Auch wenn wir gerne den ersten Geburtstag mitfeiern, ist das für uns kein Anlass für einen dringlichen Vorstoss mehr. Die gestellten Fragen sind trotzdem berechtigt und diskussionswürdig. Die heute erteilte Antwort lässt hoffen, dass die Volkswirtschaftsdirektorin verstanden hat, dass es hier eine zielgerichtete Kooperation braucht. Ein Dialog und Verhandlungsbereitschaft mit der Stadt Zürich scheinen da durchaus notwendig. Sowieso gilt es nun, die weiteren Schritte der Stadt Zürich abzuwarten. Im Stadtparlament sind dazu ja auch mehrere Vorstösse hängig.

Wir nehmen also die Antwort des Regierungsrates vorsichtig positiv und hoffnungsvoll zur Kenntnis. Besten Dank.

Jeannette Büsser (Grüne, Zürich): Mehr Strassenkapazität, mehr Verkehr, schnellere und bessere Verbindungen, noch mehr Autos – diese Erkenntnis nahmen wir damals aus dem Quartier Wipkingen-Höngg sehr ernst. Einer der Gründe, warum das Mammutprojekt Rosengarten abgelehnt wurde: Es fehlte uns das Vertrauen, dass wirklich nur 57'000 Fahrzeuge durch einen Tunnel fahren, der für 120'000 Fahrzeuge Kapazitäten gehabt hätte. Die FDP schätzte die Lage damals komplett falsch ein. Sonja Rueff sprach von bescheidener Teilnahme an den Demonstrationen und einer breiten Abstützung des Projektes. Es war dann Judith Stofer, die das Abstimmungsergebnis exakt vorwegnahm und offen ihr Misstrauen gegenüber der Regierung erklärte. Gerechnet hat man in der Regierung auch nicht mit der Solidarität. Obwohl es für einige von uns, falls wir dann die Bauzeit und Mietererhöhungen überstanden hätten, wirklich besser geworden wäre: Irgendwo fahren die 57'000 Fahrzeuge in den Tunnel hinein und auch wieder hinaus. Eine Verlagerung einer grundsätzlichen Verkehrsproblematik als Lösung zu verkaufen, hätte wohl in den 70er-Jahren noch funktioniert. Heute fragen wir uns: Wieso soll jene Bevölkerung etwas erleiden, was wir hier seit über 50 Jahren erdulden? Wir wollten dieses 1 Milliarde Franken teure Geschenk nicht. Die damalige Drohung der FDP war, dass dies die letzte Chance sei, dieses Verkehrsproblem zu lösen – wir werden

sehen. Jegliche Vergangenheitsbewältigung ist heute Zeitverschwendung, Zeit, welche wir angesichts des sich rasant verändernden Klimas nicht haben. Wir haben Klimaziele zu erreichen. Es braucht nun die vereinten Kräfte, sprich die grünen Ideen von ganz links bis ganz rechts, um auf eine Korrektur hinzuarbeiten, eine Korrektur, die wir gestalten, nicht die nächste Generation, eine Korrektur, die aus diesem Stadtteil endlich ein städtisches Wohnquartier macht, wo man atmen, schlafen und sich treffen kann. Nein, Herr Marty, wir haben nicht für den Status quo gestimmt.

Für die dringende Korrektur braucht es aus Sicht der Grünen eine drastische Reduktion des MIV, eine Verlagerung des MIV auf übergeordnete Verbindungen, und dies konsequent. Die Regierung schreibt in der Antwort auf die Anfrage von Nicola Siegrist und mir, sie gehe von geringen Entlastungen von 2000 Fahrzeugen aus, bei einer Belastung von 56'000. Das sind wirklich keine rosigen Prognosen. Es braucht dringend Lärm- und Schadstoffreduktion, eine höhere Verkehrssicherheit, Ausbau und eine eigene Spur für den ÖV, Ausbau und eine eigene Spur für Velos, Fussgängerbereiche, Hitzereduktion durch mehr Grünräume, Aufhebung der Quartierteilung durch einfachere Übergänge und Überquerungen und Quartierräume. Ganz konkret heisst dies vor allem: Temporeduktion und Spurabbau für den MIV – das braucht es –, Massnahmen zugunsten des öffentlichen Verkehrs, Massnahmen zur Förderung des Velo- und Fussverkehrs, allenfalls auch ein Monitoring. Einfach gesagt, es muss noch weniger attraktiv werden, das eigene Auto zu benützen, und gleichzeitig braucht es sehr gute Alternativen. Wir erwarten von der Regierung, dass sie die Stadt so gut wie möglich und zu gegebenem Zeitpunkt unterstützt und die Hand reicht zu guten Lösungen. Danke.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.): Die EVP war Befürworterin des Projekts Rosengartenstrasse und hat in diesem Sinne an der Abstimmung eine Niederlage erlitten. Der Spruch «Wär nöd wott, hät gha» war etwas vom Ersten, was mir in den Sinn gekommen ist nach der verlorenen Volksabstimmung vom vergangenen Jahr. Die Gefühlslage unserer Volkswirtschaftsdirektorin war wohl ähnlich. Das ist bis zu einem gewissen Punkt verständlich, haben doch ausgerechnet die Bewohnerinnen und Bewohner aus Wipkingen dem hart errungenen Lösungsvorschlag so wenig abgewinnen können. Somit wurde nichts aus einem blühenden Leben an dieser blumig benannten Verkehrsachse, im Gegenteil: Der heutige Zustand hat wenig mit einem Rosengarten zu tun, sondern hat eher die Qualität einer Gürtelrose. Und wir alle wissen,

dass es nur schlimmer wird, wenn man nur oberflächlich daran herumkratzt.

Ziel dieser Interpellation ist daher nicht einfach, erneut die Finger in die Wunde zu legen. Vielmehr geht es darum, daran zu erinnern, dass es einen neuen Anlauf braucht, um zu einer Heilung des ungesunden Zustandes zu kommen. Der Therapieplan könnte so aussehen:

Erstens: Trotz der Verantwortung der Stadt Zürich anerkennt der Regierungsrat die Rosengartenstrasse weiterhin als kantonal bedeutsame Verkehrsachse. Das ist sie zwar nicht für den Durchgangsverkehr – zum Glück –, der mit nur noch 6 Prozent überschaubar ist. Aber trotzdem lebt in diesem Stadtteil auch ein Teil der kantonalen Bevölkerung. Und ebenso wichtig ist, dass rund 30 Prozent der Beschäftigten im Kanton Zürich im Umfeld der Rosengartenstrasse und ihrer angrenzenden Quartiere ihren Arbeitsplatz haben.

Zweitens: Der Regierungsrat erinnert sich wieder daran, dass er eine Verantwortung hat für die Gesamtverkehrsplanung im Kanton. Und aus Erfahrung denkt er daran, dass in den Städten nachhaltige und mehrheitsfähige Lösungen nur in enger Kooperation mit den entsprechenden Exekutivvertreterinnen erreichbar sind. Ein gegenseitiges Commitment trägt zudem dazu bei, dass einsame Entscheide von orientierungslosen Stadt-Wölfen (*Anspielung auf Stadtrat Richard Wolff, Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements*) verhindert werden können.

Als letzten Punkt möchte ich daran erinnern, dass es für eine gute Lebensqualität in diesem Quartier und letztlich in der ganzen Stadt auch darum geht, auf dieser Achse das ÖV-Angebot bezüglich Kapazität deutlich zu steigern.

Die EVP erwartet vom Regierungsrat, dass er als erwachsener und mit-spracheberechtigter Partner auf den Stadtrat zugeht und mit ihm im Minimum eine Road-Map über den weiteren Weg der Rosengartenachse erstellt.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Für den Regierungsrat war es seit jeher klar, dass es für ihn bei der Rosengartenachse nur eine Lösung gibt. Er wollte einen leistungsstarken Strassentunnel als Nord-Süd-Verbindung durch die Stadt Zürich. Verkehrsberuhigende Massnahmen, die seit Jahren von der Quartierbevölkerung Wipkingens gefordert wurden, lehnte er regelmässig und mit fadenscheinigen Argumenten ab. Im August 2012 hat der Regierungsrat einen ersten Etappensieg auf dem Weg zum Rosengartenstrassentunnel errungen. Der Regierungsrat erhielt damals vom Parlament mit 100 gegen 71 Stimmen grünes Licht, damit er das gigantische Tunnelprojekt vorantreiben konnte. Alternative Liste,

Grüne, SP und GLP sagten damals dezidiert Nein zu diesem technokratischen Projekt, das der Stadt Zürich einzig noch mehr motorisierten Privatverkehr beschert hätte. Der damals zuständige Regierungsrat Ernst Stocker betonte während der Debatte, dass der Kanton diese Hauptverkehrsachse durch die Stadt Zürich unbedingt brauche und er sich auch gegen die Interessen der Stadt Zürich durchsetzen würde.

Vor etwas mehr als einem Jahr hat der Regierungsrat eine krachende Niederlage eingefahren. Seither herrscht vonseiten Kanton absolute Funkstille. Nachdem der Kanton das Dossier Rosengartenachse an sich gerissen hat, sich jahrelang nur auf die Tunnellösung fixierte, Millionen von Steuerfranken aus dem Fenster geworfen und die Mehrheit der Stadtzürcher Bevölkerung nie ernst genommen hat und schlussendlich nicht einmal fähig war, die Abstimmung zu gewinnen, muss er nun auf die Siegerinnen zugehen. Bereits kurz nach der Abstimmung ist der Gemeinderat der Stadt Zürich aktiv geworden. SP, Grüne, GLP, AL und EVP reichten eine Motion und ein Postulat ein. So soll die Rosengartenstrasse einerseits langfristig vom Verkehr entlastet und anwohnerfreundlich umgebaut werden, andererseits sollen die Anwohnenden mit wirksamen Sofortmassnahmen vor den starken Lärm, Dreck- und Abgasemissionen geschützt werden. Die beiden Vorstösse wurden Ende Januar mit satten Mehrheiten an den Stadtrat überwiesen. Dieser muss nun Lösungen ausarbeiten. Der Stadtrat ist aber auch selber aktiv geworden. Er hat ein Projekt gestartet mit dem Ziel, ebenerdige Fussgänger- und Veloquerungen sowie Busspuren einzurichten. Es sind Massnahmen, um die Tempi der Autos zu drosseln, aber auch Massnahmen, um die Strasse ein Stück weit auch für andere Verkehrsteilnehmende zu öffnen. Die ersten verkehrstechnischen Untersuchungsergebnisse sind bis Mitte 2021 zu erwarten.

Ein Miteinander von Kanton und Stadt ist unerlässlich. Aufgrund der gesetzlichen und planerischen Grundlagen ist es absolut notwendig, dass sich Stadt und Kanton endlich und unter Einbezug der betroffenen Quartierbevölkerung auf gemeinsame Verbesserungen einigen. Seine arrogante Haltung muss der Kanton endlich ablegen. Gefragt ist ein Miteinander zwischen Kanton, Stadt und der Stadtzürcher Bevölkerung. Der Kanton muss endlich zur Kenntnis nehmen, dass die städtische Bevölkerung nicht noch mehr Strassenverkehr will. Dies muss er endlich einsehen und die städtische Bevölkerung in Lösungen miteinbeziehen. Es ist unredlich, wieder mit dem Spiel der vergangenen Jahre zu beginnen und die heisse Kartoffel «Provisorium Westtangente» zwischen Kanton und Stadt hin und her zu schieben. Bei diesem beliebten

politischen Spiel gibt es immer nur eine Verliererin, und das ist die betroffene Quartierbevölkerung. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Rosengartenstau: Warten, warten, starten, durchstarten, abwarten – Stadt auf Kanton, Stadt gegen Kanton, Stadt und Kanton. Von Ruedi Lais, langjähriges Mitglied dieses Rates, bin ich enttäuscht. Dass du überhaupt einen solchen Vorstoss einreichst, schäme dich! Dein Votum zeigt zudem, dass du auch nicht weiterweist, schäme dich! Ich vermisse die Stimmen von zwei Keyplayern in dieser Sache, der Grünen Gabi Petri und Hans-Peter Amrein von der SVP, und versuche diese so aus der Reserve zu locken. Bei den Iden des März – lateinisch «Idus Martiae» – handelt es sich um eine in vielen Sprachen gebräuchliche Metapher für bevorstehendes Unheil, die Ermordung Gaius Iulius Caesars am 15. März des Jahres 44 vor Christus. Caesar wurde gewarnt. Er fühlte sich aber zu sicher, und arrogant schlug er alle Warnungen in den Wind. Wie diese Geschichte endete, erfahren wir aus Überlieferungen, die rund 100 Jahre später niedergeschrieben wurden. Spezialistin für lateinische Bonmots ist aber eigentlich Gabi Petri und Spezialistin in Sachen Rosengarten ist sie auch. Gerne erinnere ich mich an die Stimmen zur letzten Gesamtrevision des kantonalen Richtplans im März 2014. Zu dieser Zeit hat der Kantonsrat eine Richtplan-Session gehalten. Und wo bleibt Hans-Peter Amrein? Wir haben Schulter an Schulter gegen die Doppelvorlage gekämpft und gewonnen. Er war es, der massgeblich zur Ablehnung ausserhalb der Stadt Zürich beigetragen hat, und jetzt scheint er die Debatte kommentarlos zu geniessen? Wer ist arrogant hier, die Stadt oder das Land, die Stadt oder der Kanton? Rosengartenstau: Warten, warten, starten, durchstarten oder eben doch abwarten?

Nicola Siegrist (SP, Zürich): Ebenfalls als Vertreter des Kreis 10 fühle ich mich nun auch noch verpflichtet, hierzu etwas zu sagen, auch als Vertreter jener Quartiergruppen, welche vor einem Jahr dieses Projekt mit aller Vehemenz bekämpft hatten. Es ist eine Frechheit, welche Antwort die Regierungsrätin zu dieser Interpellation vor etwa einer halben Stunde abgegeben hat. Dieses Projekt hätte über 1 Milliarde Schweizer Franken gekostet, es wäre eines der grössten Infrastrukturprojekte des Kantons Zürich in den letzten 20 Jahren gewesen. Und dass solch eine krachende Niederlage im Regierungsrat nicht anständig aufgearbeitet wird und dass nicht vorwärts geschaut wird, das ist wahrlich eine Frechheit. Es spricht aber leider auch nicht für dieses Gremium. Natürlich

muss nicht der Kanton Zürich und der Regierungsrat ein Alternativprojekt vorlegen – die Kommunikation am Abstimmungssonntag war klar –, aber man muss doch wenigstens besprechen, was sich vielleicht in diesem Kanton seit den 70er-Jahren geändert hat, dass solch ein Projekt nicht mehr durchkommt. 76,1 Prozent der Quartierbevölkerung des Kreis 10 haben im Februar 2020 dieses Projekt abgelehnt. Und auch wenn das Herr Marty von der SVP nicht ganz wahrhaben will: Sie haben es abgelehnt, weil sie, erstens, sofortige Massnahmen wollen und nicht erst zehn Jahre später und, zweitens, weil sie kein Festbetonieren des Status quo mit zehntausenden von motorisierten Fahrzeugen jeden Tag akzeptieren wollen. Und das, Herr Marty, ist keine 180-Grad-Wende, das war schon immer die Position der links-grünen Parteien in der Stadt und es war schon immer das Bedürfnis der städtischen Bevölkerung, sich selbst und gleichzeitig auch die Zukunft der kommenden Generationen zu schützen.

Zwei Dinge machen den Rosengarten im heutigen Zustand besonders schlecht: Es ist die Lärmbelastung, die Tausende von Leuten nicht schlafen lässt, und es ist die Klimakrise, die sich auch im Corona-Jahr (*Corona-Pandemie*) weiter zuspitzt. Und die Antworten darauf würden eigentlich auf dem Tisch liegen: Es braucht auf der einen Seite kurzfristige Massnahmen, um die Bevölkerung jetzt zu schützen, das ist beispielsweise Tempo 30, das sind beispielsweise Fussgängerstreifen. Und es braucht mittelfristig, auch wenn das die eine Ratshälfte noch nicht anerkennen will und auch wenn das offensichtlich nicht beim Regierungsrat angekommen ist, einen Rückbau dieser Strasse auf ein stadtverträgliches Niveau.

Und Frau Rueff, ich muss auch noch auf einige Ihrer Aussagen Antwort geben. Sie sprechen von der Antwort des Regierungsrates auf die Anfrage zur Eröffnung der Nordumfahrung. Es stimmt, dort wird auf diese 2000 Fahrzeuge verwiesen. Aber in der gleichen Anfrage betätigt der Regierungsrat auch, dass die Kapazität auf der Nordumfahrung um etwa 15 Prozent zunehmen wird, wenn diese zusätzliche Röhre eröffnet wird. Und erzählen Sie mir doch bitte keine Märchen: Wenn 15 Prozent Kapazitätserhöhung bei der Nordumfahrung erreicht werden, dann muss es ja wohl möglich sein, beim Rosengarten mehr als nur 2000 Fahrzeuge einzusparen. Zweitens sprechen Sie von der Kantonsverfassung, wie das die rechte Ratshälfte gerne macht. Ich erinnere Sie auch noch kurz daran, Artikel 6, Zitat: «Kanton und Gemeinde sorgen für die Erhaltung der Lebensgrundlage. In Verantwortung für kommende Generationen sind sie einer ökologischen Entwicklung verpflichtet.» Und

Artikel 102: «Kanton und Gemeinden sorgen für den Schutz der Menschen und der Umwelt vor schädlichen oder lästigen Einwirkungen.» Es muss die Möglichkeit geben, in diesem Kanton Nein zu sagen zu einem schlechten Projekt, wie das der Rosengartentunnel war. Und es muss möglich sein, Nein zu sagen, ohne dass nachher vom Regierungsrat und von den rechten Parteien Arbeitsverweigerung folgt. Herzlichen Dank.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos): Ich gebe Ihnen zuerst meine Interessenbindung bekannt: Ich habe mich an vorderster Front gegen den Rosengartentunnel gewendet und es ist auch gelungen. Und ja, Gabi Petri und ich haben zusammengearbeitet, und das ist auch gut so und zeigt, dass man auch über die Parteigrenzen und über rechts/links hinweg bei einer guten oder – wie hier – bei einer ganz schlechten Sache zusammenarbeiten kann und zusammenarbeiten muss.

Wo kein Wille, kein Weg. Und wo kein Plan, eine Wüste, Herr Siegrist und Herr Lais. Sie von der SP und von der von der SP geführten Stadt Zürich haben keinen Plan. Die Verkehrspolitik in der Stadt Zürich kommt einem Super-Gau gleich. Und auch Sie haben keinen Plan, Frau Regierungsrätin, und Sie haben noch nie einen Plan gehabt. Sonst würden Sie nämlich das Strassengesetz Artikel 50 ausnutzen, ich zitiere: «Anstelle der Städte kann der Staat jederzeit Strassen des kantonalen Verkehrsplans in diesen beiden Gemeinden» – das sind Zürich und Winterthur – «erstellen oder ausbauen, wenn er das Vorhaben aufgrund der zeitlichen Festlegungen» – und das ist ja jetzt wirklich zeitlich nötig – «der Richtplanung oder aus verkehrstechnischen Gründen» – da ist es auch nötig, da gehe ich mit Herrn Siegrist und Herrn Lais und Frau Petri einig – «für notwendig hält und die Standortgemeinde dessen Verwirklichung ablehnt.» Ja, die Standortgemeinde Zürich lehnt alles ab, was volkswirtschaftlich Sinn macht. Sie ist ja eine linksgeführte Gemeinde, und ich habe bis jetzt noch nie – noch nie! – ein vom Sozialismus geführtes Gemeinwesen gesehen, welches erfolgreich war, was die Wirtschaftspolitik betrifft (*Unmutsäusserungen auf der linken Ratsseite*). Ja, mit ihrer Planwirtschaft, ja, kurzfristig ja, aber langfristig nicht. Lachen Sie nur, es ist klar, die Wirtschaft arbeitet ja und momentan fließen noch Milch und Honig.

Also Frau Walker Späh, Sie haben keinen Plan. Die Pläne liegen in der Schublade. Der Stadttunnel liegt in der Schublade, der Seetunnel liegt in der Schublade und da haben Sie ja noch einen Auftrag, Frau Walker Späh, gemäss kantonalem Richtplaneintrag 1a, 1b und 1c müssten Sie

diesen Seetunnel planen und ausführen, und Sie tun nichts. Ihre Politik hat versagt und sie versagt weiter. Es muss doch möglich sein, in dieser reichen Stadt Zürich eine Nord-Süd-Transversale zu bauen. Der Stadttunnel ist die einzige Möglichkeit. Und was uns Frau Büsser hier erzählt hat von Velos und so weiter: Ja, es geht halt nicht, die Topografie ist halt anders bei uns. Und Gabi Petri hat es Ihnen auch schon erklärt: Ihre Batterien sind bis 100'000 Kilometer noch schädlicher als ein fossiler Motor. Sie hat es hier drin gesagt, das war eines der besten Voten, das ich je gehört habe. Und deshalb: Hören Sie auf zu träumen, Frau Büsser. Hören Sie auf, hier wieder irgendetwas zu erzählen. Herr Lais, Sie sind 20 Jahre in diesem Rat und Sie haben noch nichts zustande gebracht (*Protestrufe*) – nichts zustande gebracht! – nur immer solche Vorstösse wie heute. So, um das geht es. Und jetzt geht es darum, dass Frau Walker Späh oder ihr Nachfolger oder ihre Nachfolgerin – und das ist dringend nötig – endlich diese Nord-Süd-Transversale dieser Stadt in die Hand nimmt, plant und baut, und zwar mit dem Artikel 50 des Strassengesetzes. Sie hat alles in der Hand und sie tut nichts. Ich danke Ihnen.

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Wenn die Stadt Zürich Anwohnern einer Transversalen unter die Arme greifen will, dann erwischt sie sie regelmässig aus Versehen am Hals. In allen Prospekten gibt es trotz einer sehr starken grünen Vertretung in der Stadt – und das tut mir wirklich weh im Herzen – Bilder mit Büschchen, mit Wiesen und so weiter, mit Blumenbeeten um die Stadt, mit Zugängen zum Fluss und so weiter, Beispiele, wie fantastisch die Stadt betonieren kann und wie die Stadt Quartiere ermordet, wenn man sie einfach machen lässt, beziehungsweise sogar in Zusammenarbeit. Das Quartier Schwamendingen um die ach so schöne, so begrünte Autobahnüberdachung ist für zehn Jahre ermordet. Während man dort vorher etwas lärmbelästigt wohnen konnte, kann jetzt kein Mensch mehr dort wohnen. Die Europaallee, total neu gebaut, als Hitzestauanlage perfekt, grossartig. Es ist die Fernheizung der Stadt. Ich glaube, das glüht sogar ins Weltall hinaus. Soll die Stadt hier Ähnliches mit dem Rosengarten machen? Das geht nicht. Zubetoniert ist in der Stadt genug. Und wirkliche Sanierung im Sinne der Stadt Zürich heisst einfach «Verbetonieren». Offen gesagt, ich verstehe es nicht, denn es gibt ja, wie gesagt, eine starke grüne Vertretung gerade in der Stadt.

In diesem Sinne, auch dafür, dass eine sinnvolle Transversale derzeit mit der Rosengartenstrasse erhalten wird, ist es sicher notwendig, dass

Stadt und Kanton Kontakt haben hinsichtlich allfälliger Eingriffe, Betonisierungseingriffe der Stadt. Aber ich glaube, das besteht ohnehin. Hier rennen wir offene Türen ein, wenn wir so etwas anordnen wollen. Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit und ich bitte Sie, nicht im Sinne der städtischen Betonisierung etwas vorzusehen. Die Stadt darf nicht total freie Hand haben, sonst stirbt die Stadt im Beton. Ich danke Ihnen.

Alex Gantner (FDP, Maur): Wir haben es eigentlich von vielen Rednerinnen und Rednern schon gehört, es braucht einen langfristig orientierten Dialog nach dem deutlichen Volks-Nein. Das ist eine Zäsur, das ist aber auch eine Chance. Es braucht einen Mobilitätsdialog, und wir befinden uns im Neuland, vor allem auch in Anbetracht des Antistau-Artikels in der Verfassung. Auch das ist – daran möchte ich Sie erinnern – ein Volksentscheid wie die Ablehnung des Rosengarten-Kreditpakets. Das alles ist sehr anspruchsvoll. Ein Dialog, aber einen Dialog bitte ohne ständige kurzfristig orientierte Sticheleien mit teilweise absurden und auch verfassungswidrigen Vorstössen. Ich denke zum Beispiel an «Zürich autofrei», an die Forderung nach autofreien Sonntagen und nun auch noch die städtische Baumstrategie (*KR-Nr. 60/2021*) von unserem Kollegen Andrew Katumba. Es braucht aber auch einen magistralen Dialog auf Augenhöhe zwischen den Exekutiven des Kantons, der Kollegialbehörde Regierungsrat und natürlich auch der städtischen Exekutiven, dem Stadtrat. Und da erhalten wir auch jetzt in dieser Legislatur ja sehr unterschiedliche Signale und es scheint, dass irgendwie die städtische Verkehrspolitik im Stadtrat selbst auch in einer Sackgasse ist. Und diesen gleichen Dialog braucht es nicht nur für den Kanton und die Stadt Zürich, sondern auch für die Situation in Winterthur, auch für die Situation zum Beispiel in der Stadt Uster. Und wir haben ja jüngst wieder erlebt, wie man sich hier schon ganz zu Beginn eines Prozesses wieder strategisch positionieren will, Dinge verschieben, verhindern beziehungsweise auf die lange Bank schieben möchte. Aber in Zürich, das hat unser Kollege Hans-Peter Amrein auch erwähnt, geht es nicht nur um den Rosengarten, es geht um die Mobilität für das 21. Jahrhundert in der Stadt Zürich, aber auch um die Stadt Zürich herum. Und somit sollten wirklich alle Projekte, die im Richtplan 2014 – einige von Ihnen waren da auch entsprechend beteiligt – festgesetzt worden sind, wieder auf den Tisch kommen. Das sind die Projekte 1a, 1b und 1c, der Seetunnel, der Stadttunnel und dann sogar auch der Seebeckentunnel. Da gibt es ja auch eine Antwort auf eine Anfrage von jüngst, dann der Adlisbergtunnel und auch der Westast Zürich. Das sind Projekte zum Teil

mit kurzfristigem, mittelfristigem Realisierungshorizont. Und aus Sicht von 2014 ist das 2024 beziehungsweise 2034. Und wir müssen wirklich feststellen: Da sind wir noch gar nicht weit gekommen und das ist wirklich ein Auftrag für die Regierung, den Richtplan in diesen Bereichen umzusetzen. Das ist ein langer Prozess, der braucht auch wieder Investitionen, vielleicht auch wieder dreistellige Millionenbeträge. Und erst dann kann man zusammen wirklich auch über Spurabbau, über Temporeduktionen, über Abklassierungen sprechen.

Man muss aber auch die neuen Realitäten auf den Strassen und in der Mobilität zur Kenntnis nehmen, Stichworte hier das autonome Fahren, das Sharing. Es gibt eine Übergangsphase von Technologien, die ebenfalls auf den Strassen miteinander realisiert werden müssen. Und wie es eben gerade nicht geht, ist, wie Jeannette Büsser gesagt hat: Radikal mit dem ganzen Wunschkatalog der Grünen. Das ist ein Gegeneinander und das hat sich einfach nicht bewährt. Es braucht allenfalls auch gesetzliche Anpassungen, und hier hat der Kantonsrat 2011 die grosse Teilrevision des Strassengesetzes versenkt, mit einer unheiligen Allianz zwischen SP und SVP. Und dieser Kantonsrat hat sozusagen die gleiche grosse Teilrevision im Sommer 2019 mit der Klimaallianz ebenfalls versenkt. Dort sind auch die Kompetenzen geregelt, das ist zum Teil angesprochen worden. Auch braucht es vielleicht in aller Ruhe nochmals eine Debatte, wie die Kompetenzen geregelt werden sollen, dass man einvernehmlich und relativ schnell Lösungen hinkriegen kann.

Das soll jetzt auch eine Möglichkeit sein, ein Forum für neue Ideen. Da gibt es solche aus der Stadt Zürich, vielleicht auch von kantonalen Politikerinnen und Politikern. Wir haben ein neues Amt für Mobilität. Das ist sicher schlagkräftig. Wir haben die heutige Debatte und es kann jetzt wirklich losgehen. Besten Dank.

Ulrich Pfister (SVP, Egg): Das Resultat der Abstimmung – Ruedi Lais hat es gesagt – war wahrscheinlich ein umwelt- und finanzpolitischer Entscheid. Das zeigt auch das Gegnerkomitee – Hans-Peter Amrein mit Links-grün im gleichen Boot –, es war sehr breit aufgestellt. Allenfalls ist es aber auch eine Quittung der Landbevölkerung für die städtische Verkehrspolitik, dass die Landbevölkerung nicht gewillt war, so viel Geld in eine Stadt zu investieren, die eigentlich nur für sich Mauern mauern will. Es wurde schon erwähnt: Wir haben 6 Prozent Transitverkehr auf dem Rosengarten. Dass dieser durch die Nordumfahrung nur marginal gesenkt werden kann, ist klar. Aber was nicht vergessen werden darf: Wir haben 34 Prozent innerstädtischen Verkehr. Der geht nicht von der Landbevölkerung, nicht von den Arbeitnehmenden aus,

die in die Stadt fahren, sondern der ist innerstädtisch verursacht. Der Rest von circa 60 Prozent Ziel-/Quellverkehr sind Zulieferer, Gewerbetreibende, das ist eminent wichtig für die Infrastruktur der Stadt. Zudem sind das auch Steuerzahlende in der Stadt Zürich. Die Nordumfahrung ist, wie gesagt, nicht die Lösung. Auch die Träume von links-grüner Seite sind nicht die Lösung für dieses Problem. Bei einer Lösungsfindung müssen alle Bedürfnisse berücksichtigt werden, nicht nur Velo, Bus, Tram und Bäume, sondern auch der MIV. Danke.

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Besten Dank, dass ich noch ein zweites Mal sprechen darf. Es wurden einige Voten gehalten, die ich so nicht stehenlassen kann. Vor allem die Voten von Nicola Siegrist und Judith Stofer waren in der Tonalität und in den Forderungen schon sehr erschreckend. Man spricht da von «Arroganz» und von «Frechheit»: Also ich sehe da kein arrogantes und freches Verhalten von der Regierung, weder in der Antwort noch in den letzten 13 Monaten. Der Kanton hat das Projekt, das Dossier nicht an sich gerissen. Judith Stofer hat gesagt, der Kanton habe das Dossier an sich gerissen. Es war ein gemeinsames Projekt von Kanton und Stadt. Und die Kantons- und Stadtbevölkerung will dieses Projekt nicht, also ist die Zuständigkeit jetzt wieder bei der Stadt, jetzt soll die Stadt liefern. Und dann kann man der Kantonsregierung nicht ein arrogantes, machtversessenes und freches Verhalten vorwerfen, sondern der Adressat ist heute einfach falsch. Und die Vorstösse, die an den Stadtrat überwiesen worden sind, wurden erwähnt. Die Vorstösse: Ja, das wollen wir alle. Wir wollen alle weniger Verkehr. Wir wollen alle mehr Platz für Velos, wir wollen das alle auch. Aber wie wir das erreichen können, das hat noch nie jemand gesagt. Das soll jetzt der Stadtrat sagen. Wenn er das Projekt vom Kanton nicht will, soll der Stadtrat jetzt sagen, wie er eben diese Forderungen umsetzen will. Und Tempo 30 und Fussgängerstreifen sind es einfach nicht, es tut mir leid. Ob ihr jetzt von einer Reduktion von 2000 Fahrzeugen wegen der Nordumfahrung sprecht oder von 15 Prozent, sie bringen die Verkehrsmenge nicht runter. Und diese 34 Prozent innerstädtischen Verkehrs, die mein Vorredner gerade erwähnt hat, müssen wir angehen. Wie können wir den innerstädtischen Verkehr reduzieren? Das können wir nur mit dem Ausbau des ÖV, wie es eben das Rosengartentram gewesen wäre. Das gibt es ja nicht mehr. Ich mache nochmals den Werbeblock für unser Postulat, das wir einreichen möchten, das ich vorher nur kurz erwähnt habe: Ich lade wirklich alle Fraktionen ein, bei unserem dringlichen Postulat mitzumachen. Es ist ein Beitrag für die moderne Mobilität im urbanen Raum, dass man jetzt

die dritte Dimension auch mal anschaut, welche Seilbahnen welche Achsen entlasten können, sei es über den Rosengarten, sei es über den Irchel. Ich habe dieses dringliche Postulat. An alle, die heute jammern, es gebe keine Lösung: Machen Sie mit bei unserem Postulat und fordern Sie den Regierungsrat auf, auch diese Ebene einmal zu prüfen. Besten Dank.

Christoph Marty (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Auch ich möchte vorab noch Bezug auf meine Vorredner nehmen: Ich komme aus dem Staunen nicht mehr heraus, wie gut man in Affoltern am Albis Bescheid weiss über die Bedürfnisse der Stadt. Wenn ihr an der Zürichstrasse einmal einen Kreisel oder eine Ampel baut, können wir uns vielleicht auch zielführend einbringen.

Frau Stofer – aus dem Kreis 10 wie ich auch –, wir müssen leider anerkennen: Es gibt keine Sieger, hier haben alle verloren. Und diejenigen aus unseren Reihen, die mitgeholfen haben, eine konstruktive Lösung zu verzögern, haben hier auch nichts Nützliches beigetragen. Herr Siegrist, ebenfalls aus dem Kreis 10, Sie wollen alles sofort. Ja, schön, aber manchmal sind die Problemstellungen komplexer. Gut, haben Sie noch die Fussgängerstreifen angesprochen. Das war eine der wahnwitzigsten Ideen, die geplante Schaffung von Fussgängerstreifen beim Schulhaus Nordstrasse bei der Rosengartenbrücke. Derartige Experimente mit dem Leben der Schulkinder des Schulhauses Nordstrasse konnten glücklicherweise abgewendet werden. Wer von Norden oder Osten nach oder in Zürich fährt, braucht diese wichtige Strasse. Eine Kapazitätsreduktion hier bringt Mehrverkehr. Wenn die Fahrzeuge den Umweg über die westlichen Einfahrten nehmen, liegt es in der Natur der Sache, dass mehr Kilometer gefahren und mehr Ressourcen verbraucht werden. Weder das Furttal noch das Limmattal würden sich über den erwartbaren Mehrverkehr freuen, das schon gar nicht, weil es sich um Verkehr handelt, welcher zu 94 Prozent das Stadtgebiet von Zürich betrifft.

Aber jetzt hört man ein bisschen heraus, dass quasi notstandsmässig etwas getan werden sollte. Wo liegt denn genau das Problem? An der Rosengartenstrasse wurde ein neues Studentenwohnheim realisiert, es ist bewohnt. Es wurden bergseits sogar Eigentumswohnungen gebaut, direkt an der Strasse, die sofort verkauft werden konnten. Vom Lärm her – ich kenne die Strasse schon lange, bin eigentlich nie gross über den Kreis 10 hinausgekommen –, vom Lärm her ist es in den letzten Jahrzehnten massiv besser geworden. Die Autos verursachen deutlich weniger Motoren-, Wind- und Abrollgeräusche, beim Schwerverkehr

dasselbe. Zusätzlich sind bei diesem die lauten Motorbremsen kaum mehr wahrnehmbar. Von der Luftqualität her sowieso: Die Motoren sind ganz massiv sauberer geworden. Ein erheblicher Teil der Fahrzeuge ist schon heute vollkommen emissionsfrei unterwegs und täglich werden es mehr. So sauber wie heute war die Luft in der Stadt Zürich in den letzten 250 Jahren wahrscheinlich noch nie. Der Durchgangsverkehr hat seit der Westumfahrung markant abgenommen und beträgt heute knapp 6 Prozent. Diese wird nach Fertigstellung des Gubrist's nochmals abnehmen. Diese Zahlen sind Fakten. Die Statistiken liegen vor und wir haben sie im Rahmen der Rosengarten-Vorlage im Detail geprüft. Der allergrösste Teil ist Ziel- und Quellverkehr mit Bezug zur Stadt: Fahrten zum Arbeitsort in der Stadt, Lieferanten, Handwerker, Baustellenverkehr, Verkehr mit Ämtern, Kunden von Geschäften, Besucher, Lieferanten von Kulturinstitutionen und natürlich die ganzen Paketdienste, die es dem urbanen Bewohner ermöglichen, auf ein Auto zu verzichten, wenn jemand anders für ihn fährt. Es gibt aber keinen vernünftigen Grund, warum der Zielverkehr der Stadt – und darum geht es hier – sich oberirdisch durch die ganze Stadt, von einem Ende zum anderen wälzen muss. Das sind Herausforderungen, die baulich-technisch gelöst werden müssen. Die Projekte, welche der Stadt die massgeblichen und allseits gewünschten Entlastungen bringen würden, liegen vor: Hönggerbergtunnel, Seetunnel, Ypsilon-Achse und weitere. Die benötigten Grundstücke im Perimeter sind vermerkt. Aber weder die Wipkinger noch der Rest der Stadtzürcher haben vergessen, was geschah, als nach der Eröffnung der Westumfahrung die Kapazitäten im Perimeter der Weststrasse in Wiedikon massiv zurückgebaut wurden. Ganze Strassenzüge wurden entmietet und mit der Vertreibung der ansässigen Bevölkerung verschwand billiger Wohnraum. Mit der baulichen Aufwertung der Häuser hat die rot-grüne Bourgeoisie dort ein neues Trendquartier erhalten. Auch dazu hat Zürich Nein gesagt bei der Rosengarten-Abstimmung. Diese Entwicklung ist übrigens bekannt unter dem Begriff «Gentrifizierung», ein Vorgang, den die Mitinitianten aus Affoltern am Albis und Wallisellen in ihren Gemeinden wohl nicht ganz zuoberst bei den Prioritäten haben dürften. Das Geld für den Ausbau der Strasseninfrastruktur wäre da. Wir werden schon bald darüber reden müssen, die zweckgebundenen Steuern der Motorfahrzeugabgaben erheblich zu reduzieren, weil das Geld nur noch angehäuft wird ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Josef Widler (CVP, Zürich): Vor circa 20 Jahren hat die CVP im Gemeinderat der Stadt Zürich die Forderung aufgebracht, den «Waidhaldentunnel lang» zu planen. Seither sind eben 20 Jahre vergangen, und da hat – unglaublich –, nehme ich an, der eine oder die andere mitgeholfen, zu einer Lösung zu kommen. Was ich hier und heute gehört habe, gefällt mir eigentlich, denn als Arzt weiss ich, dass es gut ist, wenn Frustrationen ausgesprochen werden. Die Frustrationen links und rechts sind riesig. Vielleicht müsste man sich fragen: Woher kommt denn das? Hat es vielleicht damit zu tun, dass man ein Problem simplifiziert? Hat es damit zu tun, dass man links oder rechts die Argumente der anderen Seite einfach kleinredet? Sobald die Emotionen im Spiel sind, ist man nicht mehr bereit, die Gegenseite anzuhören. Als Stadtzürcher muss ich sagen: Es beunruhigt mich ungemein, wie man mit allen Mitteln in der Stadt Zürich verdichten will. Wie viele Quadratmeter öffentlichen Raum bekomme ich dann noch als Stadtzürcher? Und wenn es immer noch mehr Leute gibt in der Stadt Zürich, wie sollen die sich dann bewegen? Sollen alle Velo fahren? Wir haben ja schon gesehen: Wenn alle aufs Velo steigen und im Bahnhof einfahren, dann fahren die sich in der Stosszeit noch zu Tode. Also diese Pseudolösungen sind einfach nicht gut. Und auf der anderen Seite ist es auch unfair zu sagen, es sei eine Nord-Süd-Verbindung. Sie glauben es nicht, aber auf dieser Strasse bin ich vom Friesenberg hierhergekommen. Ich möchte mich auch noch bewegen, aber in meinem Alter und bei diesem Wetter fahre ich beim besten Willen nicht mehr mit dem Velo. Und den Arztkoffer muss ich auch mitnehmen. Also: Es ist doch nicht gescheit, die verschiedenen Verkehrsmittel gegeneinander auszuspielen. Es ist sicher nicht gescheit, wenn man erst über die Mobilität spricht, nachdem man alles verdichtet hat und möglichst viele Leute hierhaben will. Sie wollen Arbeitsplätze in der Stadt Zürich, Sie wollen Wohnungen in der Stadt Zürich, aber bitte keinen Verkehr. Ich sage Ihnen, bei diesem Tunnel wird es ähnlich kommen, wie es beim Schwamendinger Tram war – das wollten die nicht –, bei der Glattalbahn – die wollten die nicht –, bei der Limmattalbahn – sie wollen sie nicht. Es wird so kommen wie beim Kasernenareal. Ich sage es Ihnen, wir werden diese Abstimmung noch einmal durchführen, vielleicht mit einem Fussgängerstreifen mehr oder drei Bäumen mehr oder unter einem anderen Titel. Aber wir werden nicht darum herumkommen, dort eine Lösung zu treffen, die ein Kompromiss ist, der schwer erarbeitet werden muss. Also bitte, die Frustration ist jetzt ausgelebt, jetzt beginnen Sie wieder, Lösungen zu suchen. Danke.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Jetzt muss ich schon noch auf Josef Widler replizieren. Er als Hausarzt empfiehlt den Leuten, Auto zu fahren, was das Ungesündeste ist, das man Leuten empfehlen kann. Es ist stressig, nervig auf den Strassen. Man verfettet, es ist für den Herz-Kreislauf nicht gut. Velofahren und zu Fuss gehen wäre das Gesündeste, und das würde ich eigentlich von einem Hausarzt erwarten, dass er das empfiehlt.

Jetzt noch zur FDP: Sie hat sehr viel von der Mobilität des 21. Jahrhunderts gesprochen. Das finde ich sehr gut. Viel gekommen ist von der FDP leider nicht. Wir haben gehört, Sie empfehlen einen Tunnel vom Milchbuck über den oberen Letten auf das Sihlquai. Also über die Zone, wo sich die Leute aufhalten und ihre Freizeit verbringen, soll eine Brücke führen, die noch mehr Lärm bringt. Dann kommt das Luftseilbahnchen. Aber das Luftseilbahnchen transportiert Menschen und nicht Autos. Es ist ja so: Wir müssen weniger motorisierten Individualverkehr in der Stadt haben. Er ist in den letzten Jahren wirklich explodiert. Der hat zugenommen wie nur etwas. Und die Stadt ist topografisch so eng gebaut, dass man nicht noch mehr private Autos durch die engen Strassen führen kann. Das geht einfach nicht, das ist wirklich ein absoluter Nonsense.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos) spricht zum zweiten Mal: Danke, dass ich noch einen Aufwisch machen darf. Zuerst ein Kompliment an Josef Widler: Ich habe hier drin schon schlechtere Voten von dir gehört. Ja, es braucht jetzt wirklich eine Gesamtschau und nicht den Dschungel von Zürich, lieber Kollega Andrew Katumba, oder die Velostrassen von anderen Proponenten. Es muss doch möglich sein, dass man den grössten oder den kleinsten gemeinschaftlichen Nenner findet. Der Sprecher Christoph Marty von der SVP, der aus diesem betroffenen Quartier kommt, hat sehr gut dargelegt, wie es aussieht in dieser Stadt: Auf der einen Seite die rote Bourgeoisie – ja, man kann auch sagen «Nomenklatura», dann sind wir schon wieder dort, wo Sie herkommen, politisch –, die sich unter dem Deckmäntelchen von Beruhigung nachher die richtigen Wohnungen für ihre «Cronies» hinstellen. Nein, es geht doch darum: Wir können nicht mehr so wachsen. Ja, mit der Begrenzungsinitiative haben wir es Ihnen dargelegt: Wir wollen keine 10-Millionen-Schweiz. Wenn ich hier eine Umfrage mache und diese anonym mache, dann bin ich ziemlich sicher, dass die grosse Mehrheit von Ihnen keine 10-Millionen-Schweiz will. Und auch das von meinem ehemaligen Regierungsrat (*gemeint ist Altregierungsrat Markus Kägi*) so schön propagierte Verdichten wollen wir nicht, das

bringt nichts. Wir wollen Grünräume, Herr Katumba, ja, wir wollen Grünräume, wir wollen Parks, das wollen wir. Und auch am Rosengarten ist das möglich. Aber es ist nicht möglich, so wie es jetzt ist. Das geht nicht und darum war ich dagegen. Denn dieser Waidhaldentunnel lang oder kurz, wie auch immer er auch ist, er hätte zumindest im Hardturm unten rauskommen müssen. «Geht nicht», sagt Frau Regierungsrätin, «wir haben dort einen Fluss». Ja, was ist denn mit dem Ärmelkanal? Ist das auch ein Fluss? Und es kommt ein GAU nach dem anderen jetzt, weil nichts getan wird. 2011 habe ich zusammen mit meinem Kollegen Liebi (*Altkantonsrat Roger Liebi*) ein Postulat (*KR-Nr. 157/2011*) zum Balgrist gemacht, damit man den ÖV oder den MIV unter den Boden nimmt. Nichts ist passiert, und es wird dort oben beim Balgrist von Frau Regierungsrätin weiter gebaut, nichts passiert, 2018 habe ich's nochmals gebracht (*KR-Nr. 127/2018*). Es gibt einen GAU beim Balgrist, das kommt, und die Regierung macht nichts. Warum macht sie nichts? Weil in der Stadt Zürich keine Hand gereicht wird, indem man sagt, man müsse zusammen reden und das Problem lösen. Es geht halt nicht mit dem ÖV, Frau Büsser, vor allem nicht mit den Schienen. Und die Schienen den Rosengarten hoch, was ich jetzt vorher noch von Frau Rueff gehört habe, geht ja gar nicht, das haben sogar die VBZ-Leute gesagt. Das geht nicht, da müsste man eine Zahnradbahn machen. Also einen Elektrobus: Sicher, wenn der Elektrobus umweltfreundlicher ist, dann macht das Sinn. Jetzt können Sie sagen, in den Elektrobus gehen nicht so viele Leute rein, deshalb brauchen wir das Nebeneinander von MIV und ÖV und von allen Möglichkeiten, auch von den vielgelobten Velos. Aber die vielgelobten Velos fordern ja auch immer nur. Sie wollen immer nur «Velo, Velo, Velo!» und zahlen tun Sie nichts. Das kann es auch nicht sein. Herr Widler hat es Ihnen gesagt, der Herr Arzt mit seinem Arztkoffer. Es sind nicht alle so wie der junge Arzt hier von der Grünen Partei (*gemeint ist Benjamin Walder*) noch so «buschper» und stark, oder? Da gibt es noch so geistig Starke wie den Josef Widler, aber die brauchen halt trotzdem etwas Komfortables. Ich bitte Sie einfach, jetzt in der KEVU (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*) eine Gesamtschau zu machen und vielleicht mit der Nachfolgerin oder dem Nachfolger von Frau Walker Späh dann wieder etwas Konstruktives in diesen Rat zu bringen. Ich danke Ihnen.

Thomas Marthaler (SP, Zürich): Ich enerviere mich ein bisschen über den Begriff der rot-grünen Bourgeoisie in der Stadt Zürich. Ich muss Ihnen sagen: Ich bin in Zürich aufgewachsen, werde dieses Jahr 60. Und vermutlich würde ich, wenn die Genossenschaften in der Stadt Zürich

nicht so stark wären, auch nicht mehr in der Stadt Zürich leben können. Denn sie ermöglichen es, dass Normalverdiener in der Stadt Zürich weiter leben und wohnen können. Was die Verkehrsnutzung angeht: MIV, denke ich, mit dem motorisierten Individualverkehr ist es ziemlich vorbei, der braucht einfach zu viel Platz in der Stadt Zürich. Und vermutlich wird es so sein, dass man entweder an irgendeinem Tag ein Road Pricing einführen muss, denn über die Westumfahrung, die ja jetzt lebt – ich lebe dort in der Nähe –, kommen die Autos aus Luzern und Zug durch den Uetlibergtunnel und stehen dann halt in der Brunau gegen das Sihlcity (*Einkaufszentrum*). Das Gleiche wird passieren, wenn die Kapazität mit einem Waidhaldentunnel ausgebaut wird, darum war ich schon vor 20 Jahren gegen diesen Waidhaldentunnel im Zürcher Gemeinderat, weil das nur eine Scheinlösung wäre. Sobald man die Kapazität erhöht, gibt es wieder diese Staus überall. Das weiss jetzt langsam jeder, und Ruedi Lais hat das in der Maturarbeit in den 70er-Jahren bereits begriffen, also das war vor 50 Jahren. Und darum sind diese Diskussionen um diese Scheinlösungen nicht sinnvoll. Was zutrifft, ist, dass wir einen Verkehrsmix brauchen, aber der muss vermutlich heruntergefahren werden, damit es tauglich bleibt. Mit Kollege Widler gehe ich einig, dass ich die Verdichtung in der Stadt Zürich zum Teil auch fragwürdig finde, weil ja dann die gewöhnlichen Leute, die keine grosse Villa und keinen Garten beim eigenen Haus haben, dann zu wenig Platz für ihre Kinder zum Spielen haben. Zum Glück haben wir eine relativ gute Raumaufteilung in der Stadt Zürich, es gibt noch Wiesen und Wälder. Sie wurden nicht alle verkauft, wie das die Bürgerlichen gerne hätten, privatisiert und dann für die Allgemeinheit nicht mehr zugänglich. Also ich denke, die Verkehrsproblematik wird gross bleiben. Ich bin auch mit Kollege Amrein einverstanden, dass man das anschauen muss und vielleicht einen sinnvollen Plan für das 21. Jahrhundert machen sollte. Aber das Auto ist in der Stadt vorbei, es braucht einfach zu viel Platz.

Ueli Bamert (SVP, Zürich): Du (*gemeint ist der Ratspräsident*) hast mich darauf hingewiesen, dass ich nur fünf Minuten sprechen darf, keine Angst, ich werde das nicht ausnutzen. Ich habe auch nicht vor, die Debatte hier unnötig zu verlängern, aber es gibt einfach Aussagen, die man so nicht stehenlassen kann. Kollegin Stofer, ich muss Sie schon bitten – ich habe schon viel Blödsinn hier drin gehört, aber diese Aussage, es sei pauschal ungesund, Auto zu fahren, ist gerade in Zeiten von Corona ziemlich vermessen. Die Seuche holt man sich bekanntlich im vollgestopften ÖV und nicht allein im Auto. Gerade die jetzige Krise

zeigt uns, wie wichtig der motorisierte Individualverkehr ist. Und allen Kollegen hier auf der links-grünen Seite möchte ich doch noch sagen: Die ganzen Bio-Rüebli, die Sie gerne auf dem Markt in Oerlikon oder auf dem Bürkliplatz kaufen, kommen ja auch nicht mit dem Tram oder mit dem Velo dorthin. Also bitte beachten Sie auch das, wenn Sie hier pauschal gegen den motorisierten Verkehr wettern. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Vielen Dank für diese engagierte Debatte. Ich muss sagen: Ich habe Respekt vor jedem, der am Rosengarten eine Lösung, eine konstruktive Lösung bringt, grossen Respekt. Aber es ist schon so, vor einem Jahr hat das Projekt in der Volksabstimmung nicht reüssiert. Es war ein Projekt des Zürcher Regierungsrates und des Zürcher Stadtrates, wir haben beide verloren. Und nun ist es halt einfach so, dass jetzt die Verantwortung wieder bei der Stadt ist. Nur zur Erinnerung: Hier im Rat wurde gekämpft für die Hoheit der Stadt im Zusammenhang mit einer Vorlage zur Revision des Strassengesetzes. Ich habe Ihnen vorgeschlagen, dass der Kanton mehr Möglichkeiten für eine gesamtkantonale Sicht bekommt. Und insbesondere Sie, liebe SP, und du, Ruedi Lais, haben mit Vehemenz gekämpft und mir vorgeworfen, ich wolle die Stadt entmachten. Nur kurz darauf erinnert man sich nicht mehr an diese Diskussion und wirft der Regierung vor, sie würde zu wenig tun. Also bitte: Redlichkeit und auch Respekt vor den Lösungen, die Sie hier im Rat getroffen haben. Es ist nun mal so, dass die Kompetenz vollständig bei der Stadt Zürich liegt.

Zweitens, mein Engagement: Es ist tatsächlich so, ich habe viele Jahre, sogar Jahrzehnte für eine Lösung gekämpft. Und glauben Sie mir, ich gebe nicht so schnell auf. Solange es mich gibt, bin ich weiterhin an einer Lösung interessiert. In diesem Sinne bin ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie Lösungsvorschläge haben. Sie können das ja hier erzählen. Sie können Lösungsvorschläge erarbeiten. Der Stadtrat wird sie entsprechend einreichen.

Und drittens: Seit 1972 wird am Rosengarten gestritten, ich kann auch sagen «diskutiert», ja, man kann sagen, am Rosengarten lässt sich trefflich streiten. Streiten und streiten und streiten. Nun mag es aus medizinischer Sicht, Josef Widler, uns mal allen guttun, dass wir hier so lange streiten, aber schauen Sie, der Bevölkerung haben Sie bis jetzt überhaupt nicht geholfen. Die Bevölkerung wartet und wartet und wartet auf Lösungen. In diesem Sinne freue ich mich auf Lösungsvorschläge des Stadtrates von Zürich, wie auch immer sie lauten, und Sie können davon ausgehen, dass wir selbstverständlich diese Lösungsvorschläge

konstruktiv begleiten und zu gegebener Zeit auch konstruktiv diskutieren. Aber eines lasse ich mir sicher nicht sagen: Wir seien grundsätzlich nicht konstruktiv mit der Stadt Zürich. Sie haben den Antistau-Artikel erwähnt. Schauen Sie, dieser Artikel gilt und wir wenden ihn an; bei jedem Genehmigungsprojekt des Stadtrates von Zürich und übrigens auch des Stadtrates von Winterthur, Sie können sie alle sehen. Und wir haben hier eine Haltung und wir haben hier jeweils mit der Stadt Zürich konstruktiv eine Lösung gefunden.

In diesem Sinne: Wir haben wieder einmal fast zwei Stunden über den Rosengarten diskutiert. Ich wünsche mir eine Lösung am Rosengarten. Vielen Dank.

Ratspräsident Roman Schmid: Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.

5. Erfolgreiche Corona-Exit-Strategie

Dringliche Interpellation Lorenz Habicher (SVP, Zürich), Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), Benjamin Fischer (SVP, Volketswil) vom 22. Februar 2021

KR-Nr. 44/2021

Ratspräsident Roman Schmid: Es beantwortet die dringliche Interpellation mündlich die Gesundheitsdirektorin, Regierungsrätin Natalie Rickli.

Regierungsrätin Natalie Rickli: Sie wissen es, ich beantworte die dringliche Interpellation der Kantonsräte Lorenz Habicher, Tobias Weidmann und Benjamin Fischer, gestützt auf Paragraf 58 Absatz 2 des KRG (*Kantonsratsgesetz*), das heisst, ich verlese Ihnen die Antwort des Regierungsrates vom letzten Mittwoch und kann darum nicht auf Aktualitäten, die sich coronabedingt eigentlich täglich, fast stündlich ergeben, eingehen in meinem jetzigen Votum.

Der Kanton Zürich steht aktuell im interkantonalen Vergleich relativ gut da. In den letzten Wochen hat sich die Situation sowohl bezüglich Fallzahlen als auch bezüglich der Anzahl der Hospitalisationen und IPS-Patientinnen und Patienten (*Personen, die auf einer Intensivpflegung eines Spitals behandelt werden müssen*), positiv entwickelt. Seit einigen Tagen ist allerdings wieder eine leichte Zunahme bei den Fallzahlen und der Anzahl Hospitalisationen zu verzeichnen. Ob das nur

Schwankungen sind oder ein Trend, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden. Unberechenbar sind insbesondere die neuen Virusmutationen.

Der Regierungsrat begrüsst die vom Bundesrat auf den 1. März 2021 beschlossenen Lockerungen der Covid-19-Massnahmen und erachtet das vorgesehene, schrittweise Vorgehen als zielführend. Er befürwortet auch, dass der Bundesrat bei einer weiteren positiven Entwicklung der Situation bereits per 22. März 2021 zusätzliche Erleichterungen erlassen will. Der Bundesrat wird dazu an seiner Sitzung vom 12. März 2021 eine erste Aussprache führen, eine definitive Entscheidung ist am 19. März 2021 zu erwarten. Dazwischen werden die Kantone Gelegenheit haben, sich im Rahmen einer Kurzvernehmlassung zu den nächsten Lockerungsschritten zu äussern.

Zu Frage 1: Eine zentrale Begleitmassnahme der angestrebten Öffnung ist die Ausweitung der Teststrategie. Nur wenn rasch identifiziert werden kann, wer das Virus in sich trägt, können Infektionsketten gezielt unterbrochen werden. Auch vor dem Hintergrund, dass sich vermehrt ansteckendere Virusvarianten ausbreiten, kommt der Prävention und Früherkennung von lokalen Ausbrüchen eine zentrale Bedeutung zu. Mit Medienmitteilung vom 5. März 2021 hat der Bundesrat angekündigt, dass der Bund, gestützt auf das Covid-19-Gesetz, SR 818.102, ab dem 15. März 2021 die Kosten sämtlicher Tests übernehmen will. Die mobile Bevölkerung in Unternehmen und Schulen soll wiederholt mittels gepoolten Speichelproben getestet werden. Zudem will der Bund den Zugang zu Selbsttests erleichtern und jeder Person monatlich fünf Selbsttests zur Verfügung stellen. Definitiv entscheidet der Bundesrat am 12. März 2021. Der Regierungsrat begrüsst die geplante Ausweitung der Teststrategie. Diese ist aber auch mit gewissen Risiken verbunden, da jedes Testresultat nur eine Momentaufnahme ist. Deshalb ist insbesondere das repetitive Testen, allen voran die Mitarbeit von Unternehmen und der Bevölkerung an den freiwilligen Testungen, wesentlich. Diese repetitiven Testungen in Betrieben und Schulen sind jedoch kein Ersatz für Schutzkonzepte, sondern dienen als zusätzliche Sicherheit. Wichtig ist zudem, dass Personen mit einem positiven Resultat eines Schnell- oder Selbsttests dieses zusätzlich durch einen PCR-Test verifizieren lassen und sich umgehend in Isolation begeben.

Nach wie vor kommt dem Contact Tracing eine grosse Bedeutung für die Unterbrechung von Ansteckungsketten zu. Im Kanton Zürich ist das Contact Tracing mit den Standorten am Flughafen Zürich und in Pfäffikon solide aufgestellt. Viele Prozesse konnten automatisiert werden, sodass positiv getestete Personen und deren Kontakte rasch erreicht

werden können. Es ist genügend Infrastruktur und ausgebildetes Personal vorhanden, um auf einen allfälligen, erneuten Anstieg der Fallzahlen sofort reagieren zu können. Ein besonders erfahrenes Team bearbeitet Fälle mit mehreren positiv getesteten Personen am selben Ort, beispielsweise in einem Unternehmen, einem Alters- oder Pflegeheim oder einer Schule. Im Bereich der Schulen wird das Contact Tracing zudem durch die Bildungsdirektion ergänzt, welche den Verein Lunge Zürich engagiert hat, um schulärztliche Aufgaben für alle Gemeinden zu übernehmen, die keinen eigenen Schulärztlichen Dienst haben.

Abgesehen vom Testen und dem Contact Tracing muss vorderhand die Einhaltung der Schutzmassnahmen wie Handhygiene, Abstandhalten und Maskentragen aufrechterhalten und von der Bevölkerung konsequent eingehalten werden. Neben diesen Begleitmassnahmen kommt schliesslich der kantonalen Impfstrategie eine besondere Bedeutung bei der Unterstützung der angestrebten Öffnungsschritte zu. Je mehr Menschen sich in der Schweiz und im Kanton Zürich impfen lassen, desto schneller können wir zur Normalität zurückkehren. Erfreulicherweise standen überraschend schnell Impfstoffe gegen Covid-19 zur Verfügung. Allerdings weckte der Bund nach der Zulassung der ersten Impfstoffe im Dezember letzten Jahres bei der Bevölkerung zu hohe Erwartungen. Die verfügbaren Impfstoffmengen waren sehr beschränkt und sind es nach wie vor. Die Lieferungen der Impfstoffhersteller erfolgten teilweise verzögert und in kleineren Mengen, als vom BAG (*Bundesamt für Gesundheit*) ursprünglich angekündigt. Alle Kantone mussten ihre Impfkampagnen drosseln. Beim Kanton Zürich kommt hinzu, dass sein zugeteiltes Kontingent kleiner ist, als es seinem Bevölkerungsanteil entspricht. Die Gesundheitsdirektion steht diesbezüglich in Kontakt mit dem BAG, um darauf hinzuwirken, dass der Kanton Zürich künftig ein Kontingent an Impfdosen proportional zu seiner Bevölkerung erhält.

Der Kanton Zürich konzentrierte sich aufgrund der beschränkten Verfügbarkeit des Impfstoffs im Rahmen seiner Impfstrategie in der ersten Phase auf das Impfen in Alters- und Pflegeheimen sowie von Hochrisikopatientinnen und -patienten. Das Ziel ist es, Todesfälle und schwere Verläufe zu vermeiden, um das Gesundheitswesen zu entlasten. Bis Ende März 2021 werden die Zweitimpfungen in den Alters- und Pflegeheimen abgeschlossen sein.

Parallel dazu wurde die Impfkapazität für die Durchimpfung der breiten Bevölkerung geschaffen. Zusammen mit den Spitälern sind elf Impfzentren in Vorbereitung. Zudem haben über 900 Hausärztinnen und Hausärzte sowie rund 150 Apotheken ihre Impfbereitschaft angemeldet. Mit diesem Netzwerk wird ab Mai 2021 eine Kapazität von bis zu

20'000 Impfungen pro Tag zur Verfügung stehen. Die Inbetriebnahme der Impfzentren ist für April 2021 geplant. Eine Beschleunigung der Impfkampagne ist mit der aktuell vom BAG zur Verfügung gestellten Impfstoffmenge derzeit nicht möglich. Das Impfen der Risikogruppe 1, das heisst Personen ab 65 Jahren und Personen unabhängig des Alters mit Vorerkrankungen, die im Kanton Zürich rund 370'000 Personen umfasst, wird voraussichtlich im April abgeschlossen werden können. Für Mai und Juni 2021 hat das BAG grössere Impfstoffmengen in Aussicht gestellt. Ab diesem Zeitpunkt wird sich auch die breite Bevölkerung impfen lassen können.

Wichtig ist, dass Bund und Kantone bei der geplanten Öffnung gemeinsam in die gleiche Richtung arbeiten. Der Kanton Zürich steht diesbezüglich in regem und engem Austausch mit den anderen Kantonen und dem Bund.

Zu Frage 2: Wie bereits ausgeführt, ist die niederschwellige und breitflächige Testung ein wichtiger Bestandteil einer umfassenden Strategie im Kampf gegen die Covid-19-Epidemie und insbesondere bei der Begleitung der Öffnungsschritte. Der Kanton Zürich hat in den vergangenen Monaten sukzessive ein grosses Netz an verschiedenen Testmöglichkeiten aufgebaut. Neben den Spitälern und niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten können auch die Apotheken im Kanton Corona-Testungen vornehmen. Zusätzlich wurden drei auf die Kantonsfläche verteilte Testzentren aufgebaut. Die vorhandenen Kapazitäten sind also entsprechend gross. Durch laufend neue Tests und Testverfahren werden die verfügbaren Kapazitäten weiter steigen. Der Bundesrat hat angekündigt, dass er jeder Person fünf Selbsttests pro Monat abgeben will, sobald verlässliche Tests zur Verfügung stehen. Hinzu kommt, dass für die Auswertung von gepoolten Tests deutlich weniger Laborkapazitäten benötigt werden, da mehrere Proben auf einmal analysiert werden können. Da Labore ihre Leistungen zudem kantonsübergreifend anbieten, kann der Kanton Zürich auf eine Vielzahl von Möglichkeiten zurückgreifen. Allfällige Testkapazitätsgrenzen sind je nach gewähltem Testverfahren unterschiedlich und hängen von verschiedenen Faktoren ab. Antigen-Schnelltests müssen beispielsweise durch spezifisch dafür geschultes Personal durchgeführt werden. Eine Herausforderung wird insbesondere bei gepoolten Analysen die Logistik darstellen.

An den Volksschulen im Kanton werden momentan nur im Rahmen von Ausbruchskontrollen Tests durchgeführt. In Kombination mit den strengen Schutzkonzepten und dem spezialisierten Contact Tracing können Infektionsketten so schnell, gezielt und nachhaltig aufgespürt

und unterbrochen werden. Die Gemeinden befürworten gemäss Verband der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich die Durchführung von Massentests in Schulen und Unternehmen, sofern sich dazu ein handfester Grund – nicht nur Vermutung oder Hinweis – ergibt. Für die Durchführung von Massentests für die ganze Gemeindebevölkerung sind die Strukturen der Gemeinden hingegen nicht ausgerichtet. Zudem möchten die Gemeinden keinen aktiven Part im Rahmen der Teststrategie übernehmen. Die Koordination und Gesamtverantwortung für das Testen sollen nach wie vor beim Kanton liegen.

In Unternehmungen war die Nachfrage zur Durchführung von regelmässigen Tests bislang eher gering. Aktuell wurden erst rund 75 Bewilligungen erteilt. Es findet aber ein intensiver Austausch mit den entsprechenden Wirtschafts- und Branchenverbänden statt.

Die seitens Bund angekündigte Übernahme von mehr Testkosten wird wohl einen zusätzlichen Anreiz schaffen. Der Bund sieht zudem gemäss Erläuterungen zum Entwurf der Änderung der Covid-19-Verordnung 3 vom 5. März 2021 vor, den Kantonen eine nicht rückzahlbare Anschubfinanzierung zum Aufbau der gezielten und repetitiven Testung zur Verfügung zu stellen.

Zu Frage 3: Gezielte und repetitive Testungen dienen nicht primär dazu, die Quarantäne zu erleichtern, sondern um symptomlose Virusträgerinnen und Virusträger zu identifizieren. Damit sollen besonders gefährdete Personen geschützt und Ausbrüche frühzeitig erkannt beziehungsweise verhindert werden. Eine Quarantäne wird nach einem engen und ungeschützten Kontakt zu einer positiv getesteten Person angeordnet, damit die Ansteckungsketten unterbrochen werden können. Aktuell kann die Dauer der Quarantäne gemäss Anweisungen des BAG verkürzt werden, indem frühestens am siebten Tag der Quarantäne ein Test durchgeführt wird. Fällt dieser negativ aus, kann die Quarantäne vorzeitig aufgehoben werden. Mit der geplanten Ausweitung des Testens sieht der Bund aber weitere Erleichterungen vor. So sollen beispielsweise Unternehmen, die häufig testen, von der Quarantänepflicht für Kontaktpersonen befreit werden können. Der Regierungsrat befürwortet zudem die Aufhebung der Einreisequarantäne bei Vorliegen eines negativen Tests oder eines gültigen Impfbefreiungszertifikates. Da für die Anordnung der Quarantäne jeweils der Wohnkanton zuständig ist, ist es aus Sicht des Regierungsrates wichtig, dass allfällige Quarantäneerleichterungen schweizweit gleich gehandhabt werden und auf Anweisung des BAG erfolgen. Aufgrund der engen Verflechtungen zwischen der Schweiz und den Nachbarländern wird zudem erwartet, dass sich der

Bundesrat für europaweit möglichst ähnliche Quarantäneregeln einsetzt. Auch in diesem Bereich steht der Kanton Zürich ebenfalls in regem Austausch mit den anderen Kantonen und dem Bund und setzt sich für eine Erleichterung der Quarantäneregelung bei regelmässigem Testen ein.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Die Corona-Massnahmen infolge des Lockdowns – ob gänzlicher oder Teil-Lockdown, spielt keine Rolle – verursachen immer mehr und immer grösseres Leid in der Bevölkerung. Die Regierung hat sich mit einer Covid-19-Sondergesetzgebung und medialer Unterstützung in eine unangenehme Position manövriert, aus der sie noch keinen Ausweg sieht. Der politisch angerichtete Schaden soll unter nie dagewesenen Härtefall-Ausgaben in Milliardenhöhe einfach zugedeckt werden, wir sprechen am Nachmittag (*im Zusammenhang mit der Beratung der Vorlage 5663d*) an diesem Ort auch noch darüber. Diese dringliche Interpellation diene vor allem der Regierung, sich zu erklären. Wir haben es gehört, wir wurden fundiert informiert, wir wurden hier jetzt ausgezeichnet mit neuen soweit erhältlichen Daten bestückt, und ich finde es eigentlich gut, wie die drei Fragen von der Regierung beantwortet wurden. Drei Fragen wurden gestellt, mit dem Ziel, eine erfolgreiche Exit-Strategie, einen Ausweg oder Ausgang aus dieser Situation zu finden. Diese dringliche Interpellation sollte als Chance dienen und ich denke, die Regierung hat diese Chance auch genutzt. Es soll aber auch eine Hoffnung bei der Bevölkerung geschürt werden, eine Hoffnung auf ein Ende der Massnahmen. Wir wollen keine «Terrassen-Diskussion» führen, die Gastronomie soll geöffnet werden, die Schutzmassnahmen bestehen, also vorwärts. Es soll keine Innenraum- und Aussenraum-Diskussion geführt werden.

Am 22. Februar 2021 hat eine gemeinsame Fraktionserklärung eine klare Position der Zürcher Regierung und Lockerungen der Corona-Massnahmen gefordert. Diese dringliche Interpellation war also nur das Begleitschreiben dazu. Die Fragen wurden beantwortet. Die Fragen 2 und 3 zu den Testkapazitäten und den Erleichterungen der Quarantäne sind Anstösse, die seit Ende Februar – lateinisch Februus, der Fiebermonat – im Raum stehen und die endlich geklärt werden müssen. Wir haben die Antworten bekommen, zentrale Begleitmassnahmen: Infektionskette unterbrechen, das Covid-19-Gesetz anpassen, die Kostenübernahme durch den Bund. Das Contact Tracing im Kanton Zürich war immer vorbildlich mit den Standorten Flughafen und Pfäffikon. Und es ist wichtig, dass wir in die Gänge kommen. Wir haben jetzt langsam auch die Testkapazitäten, das ist ein wichtiger Standpunkt, und

wir müssen hier vorwärtskommen. Es ist auch klar, dass es bei den Unternehmungen und auch bei den Einreisebeschränkungen zu Erleichterungen kommen soll. Es ist aber auch so, dass es allein nicht geht. Und der Bund ist meines Erachtens und aus unserer Sicht zu zögerlich. Wir sehen, der Kanton Zürich wäre bereit, er macht aber Erleichterungen und Öffnungen nur zusammen mit weiteren Kantonen und dem Bund. Hier tritt aus unserer Sicht der Kanton zu wenig selbstbewusst, zu wenig eigenständig auf. Denn wenn das BAG nicht langsam in die Gänge kommt, wenn das BAG wieder versagt bei den Kontingenten, beim Impfstoff, beim Testen, bei den Auswertungen und im Mai oder Juni die versprochene Menge an Impfdosen wieder nicht eintrifft, dann ist es schon fast zu spät. Der Kanton muss dem Bund also klarmachen, dass, wenn er nicht in die Gänge kommt, der Kanton Zürich in der Lage ist, ihn zu «bypassen» und selbst für Impfstoff und Testkapazität zu sorgen. Der Kanton Zürich kann in einer Position der Stärke auftreten und er sollte dies auch tun. Heute Morgen können wir die Regierung stärken und wir können hoffen, dass der Bundesrat diesen Wink mit dem Zaunpfahl auch verstehen und am Mittwoch entsprechend beschliessen wird.

Andreas Daurù (SP, Winterthur): Ich bin ja durchaus positiv überrascht, dass die SVP doch noch versucht, beim Thema Corona ernst genommen zu werden, zumindest auf nationaler Ebene hat sich die SVP ja in Bezug auf konstruktive und nützliche Beiträge zur Bewältigung der Corona-Krise ziemlich verabschiedet. Die Fragen in dieser dringlichen Interpellation sind aber durchaus berechtigt und auch die Gesundheitsdirektorin hat sie genutzt, um entsprechende Ausführungen zu machen. Wir sehen es aktuell mit Sorge: Die Corona-Ansteckungszahlen nehmen wieder leicht zu, wir haben es gehört. Gleichzeitig geht es in Sachen Impfen leider nur zögerlich vorwärts. Wir hoffen, dass wir nun zumindest Ende März/Anfang April eine grössere Zahl an Impfdosen vom Bund erhalten. Es ist daher richtig und wichtig, dass wir nun bei den Öffnungsschritten behutsam vorgehen. Und vonseiten der SP sind wir froh, dass sich auch der Regierungsrat den Vorschlägen des Bundes bezüglich vorsichtigen Ausstiegs aus dem Lockdown anschliesst und hier den SVP- und FDP-Forderungen nach einer eher kopflosen schnellen Öffnung eine Absage erteilt. Wir würden weder der Wirtschaft noch der Gesundheit der Menschen in diesem Kanton, im ganzen Land einen Gefallen tun, weil der Jo-Jo-Effekt quasi auf sicher hier wäre. Nun beginnt die grosse Massentestkampagne, das sagte auch die Zürcher Kantonsärztin (*Christiane Meier*) gegenüber den Medien. Und

auch das begrüßen wir sehr. Auch hier hat sich der Kanton Zürich gegenüber dem Bund mehrheitlich positiv zu dieser Strategie geäußert. Nun gilt es auch diese Massentests im Kanton Zürich möglichst breit aufzugleisen und einzusetzen. Die Abgabe von Massentests an die Bevölkerung ist dabei eine auch sehr wichtige Massnahme, die wir umsetzen sollten – so bald wie möglich –, und dabei ist es auch wichtig, dass die Regierung des Kantons auch der Bevölkerung aufzeigt, wie wichtig hier eine Mitarbeit ihrerseits ist. Denn nur so können wir auch über mögliche weitere Lockerungen sprechen. Für uns ganz wichtig sind aber auch die regelmässige Durchführung von Massentests in Institutionen, in welchen besonders vulnerable Menschen leben, nämlich die sozialmedizinischen Institutionen, und insbesondere die Alters- und Pflegeheime. Die präventiven Tests in den Heimen sind eine sinnvolle ergänzende Schutzmassnahme. Einzelne Heime führen auch solche Tests für Besucherinnen und Besucher ein. In Zürich erwartet die Gesundheitsdirektion anscheinend Anfang März die Berichte der Heime, inwieweit sie präventive Massentests anwenden. Wir fordern hier die Gesundheitsdirektion auf, die Heime im Kanton möglichst flächendeckend zu animieren, solche Tests durchzuführen und sie auch darin zu unterstützen. Der Bund übernimmt ja bekanntlich diesbezüglich auch die Kosten. Zu prüfen gilt es nun auch, inwieweit es doch sinnvoll sein könnte, präventive Screening-Tests auch an Schulen einzuführen. Es ist uns dabei vollkommen bewusst, dass flächendeckende Screenings an Schulen eine grosse logistische Herausforderung sind. Auch können solche Tests nur freiwillig sein, und daher ist halt die Frage, inwieweit genügend Kinder und Jugendliche dann auch mitmachen dürfen in diesem Sinne – es sind ja dann die Eltern, die hier einwilligen müssen –, damit solche Tests dann auch wirklich sinnvoll und aussagekräftig sind. Trotzdem, wir sind der Ansicht, dass die Bildungsdirektion hier die Situation regelmässig überprüfen und gegebenenfalls auch neu bewerten sollte. Nur wenn wir die Voraussetzungen für eine funktionierende und durchdachte Teststrategie im Kanton, im ganzen Land durchsetzen können, nur wenn das Contact Tracing funktioniert und auch den wissenschaftlichen Standards genügt, können wir über allfällige Erleichterungen in Bezug auf die Quarantäne diskutieren. Klar ist aber auch dann: Es wird nie gänzlich ohne Schutzkonzepte gehen, bis wir alle durchgeimpft sind. Wir danken dem Regierungsrat.

Christian Müller (FDP, Steinmaur): Im letzten Frühjahr war ich noch der Überzeugung, dass wir die Corona-Krise gut überstehen, da die Arbeitgeber wie gewohnt hier ihre Verantwortung wahrnehmen werden.

Da habe ich allerdings nicht damit gerechnet, dass die Politik so lange so einschneidende Massnahmen beschliesst, die sehr viele Unternehmen hart treffen und an den Rand des Ruins oder darüber hinaus bringen. Man hat auch die Unternehmen glauben lassen: Wenn sie nur genug in ihre Sicherheitsmassnahmen investieren, könnten sie ihrem Geschäft weiterhin nachgehen. Die Unternehmer sind nicht nur von Schliessungen betroffen, genauso treffen sie auch die Quarantäneregeln. Diese Regeln führen zu hunderttausenden von Ausfallstunden, welche vielfach selbst getragen werden müssen. Die Lasten der Massnahmen sind sehr ungleich verteilt, genauso wie die Folgen der Krise nicht alle Branchen, aber auch nicht alle Regionen gleich hart treffen. Die kurz- und mittelfristigen, ja, sogar die langfristigen Aussichten sind sehr ungewiss. Die Politik hat es noch immer versäumt, hier einen Weg aus der Misere aufzuzeigen. Die gesprochenen finanziellen Mittel im Rahmen der Härtefallhilfen sind dringend notwendig, können aber lediglich die aktuelle Notlage etwas lindern. Viele Unternehmen haben bereits ein Jahr keine Umsätze mehr und müssen weiterhin mit Totalausfällen rechnen, so die gesamte Eventbranche und Zugehörige, wie Eventgastronomie und Personentransport. Zu erwähnen ist hier noch: Ein Unternehmer will lieber nicht von Staatshilfen leben, er will arbeiten und wirtschaften. Nicht nur die Arbeitgeber leiden unter den aktuellen Einschränkungen, die Jugendlichen, die in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt sind, die Schulabgänger, welche Mühe haben, einen Einstieg ins Berufsleben zu finden, und die ältere Generation, welche ihre Liebsten nur noch selten sehen kann. Sie alle sind betroffen. Dass die psychischen Erkrankungen deshalb laufend zunehmen, kann niemanden wirklich erstaunen.

Was wir brauchen, ist eine klare Ausstiegsstrategie. Weitere Verlängerungen der Massnahmen würden dem massiv entgegenwirken. Ich danke für die Beantwortung der Fragen, appelliere aber auch an die Zürcher Regierung, dass sie alles daransetzt, den Bundesrat zu überzeugen, endlich eine klar definierte Ausstiegsstrategie vorzulegen und parallel dazu alles unternimmt, um die möglichen Öffnungen zügig voranzutreiben. Dabei helfen können zum Beispiel die Impfungen, welche nun in Gange sind. Ebenfalls in die Überlegungen miteinzubeziehen ist, wie die Massentests zu einer schnellen Rückkehr in die Normalität beitragen können und wie die Regierung dies berücksichtigen will. Es soll auch aufgezeigt werden, wie die erwähnten Punkte zusammen mit Schutzkonzepten und einem funktionierenden Tracing zu weiteren Erleichterungen bei den Quarantäneregeln führen könnten; natürlich alles unter angemessener Berücksichtigung der aktuellen Lage. Dass die

Pandemie unter Kontrolle gehalten und ein erneuter hoher Anstieg der Erkrankungen verhindert werden muss, versteht sich von selbst. Zudem erwarte ich ein Konzept, wie beschlossene Öffnungen des Bundes im Kanton zügig umgesetzt werden sollen. Die Weisung zu den Corona-Massnahmen hat mittlerweile einen Umfang erreicht, welcher es schwierig macht, die Übersicht zu behalten. Dass in Zürich teilweise andere Massstäbe angewendet werden, als das BAG sie vorsieht, ist mehr als nur stossend. Wir unterstützen die Regierung bei ihrer Arbeit und helfen gerne mit, nach Lösungen zu suchen; alles im Hinblick auf eine möglichst schnelle Rückkehr zur Normalität. Gemeinsam werden wir auch diese Krise meistern, von dieser Überzeugung lasse ich mich nicht abbringen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Ronald Alder (GLP, Ottenbach): Die Interpellation fokussiert auf die Lockdowns der Corona-Massnahmen. Diese hätten einen grossen Teil des Gewerbes zerstört und dieses zu finanzieller Abhängigkeit geführt. Die Interpellanten verkennen die Absicht der Lockdown-Massnahmen: Es geht um Leben retten, Leid mindern, das Gesundheitssystem aufrechterhalten, gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Stabilität sichern. Wären die Massnahmen nicht ergriffen worden, so wäre der wirtschaftliche Schaden viel grösser. Zur Minderung der finanziellen Herausforderung von den Unternehmen, die durch die staatliche Intervention betroffen sind, wurden dann ja auch die Härtefallhilfen gesprochen. In den Monaten November bis Januar war mehr als die Hälfte der Intensivpflegebetten der Spitäler mit Covid-19-Patienten belegt. Die Dauerbelastung war für die Spitäler und deren Personal eine grosse Herausforderung. Die behandelten jüngeren und älteren Menschen haben alle um ihr Leben gekämpft. Ihnen und den 10'000 an Covid-19 Verstorbenen und deren Angehörigen gehört unsere Anteilnahme. Unser Gesundheitssystem, inklusive der Spitallandschaft, hat gezeigt, dass es mit grossen Herausforderungen umgehen kann und der Bevölkerung die notwendige Versorgung sichert. Dazu müssen wir Sorge tragen. Mittlerweile ist der Anteil an Covid-19-Patienten auf den Intensivpflegeplätzen zwar auf unter 20 Prozent gesunken, aber die Auslastung der Intensivpflegestationen ist immer noch hoch, weil nun all die verschobenen Operationen nachgeholt werden müssen. Für die Gesundheitsversorgung der Zürcher Bevölkerung ist darum wichtig, dass die covid-19-bedingten Spitalerträge nicht wieder zunehmen.

Und was wollen die Interpellanten nun? Mit der Interpellation soll dem Regierungsrat der Rücken gestärkt werden, damit er den Kanton Zürich erfolgreich aus dem staatlich verordneten Lockdown führen könne.

Was soll das genau heissen? Sind die Interpellanten der Meinung, dass der Regierungsrat ohne ihre Unterstützung die Aufgabe nicht erfolgreich meistern könne? Oder wollen sie nicht eher sagen, dass der Regierungsrat seine Aufgabe nicht gut mache und darum Nachhilfe brauche? Dass mittlerweile alle in erheblichem Masse coronamüde sind, ist offensichtlich, und dass wir uns alle nach einem normaleren Leben sehnen, ebenfalls. Der Weg dazu sind Lockdown-Schritte zum richtigen Zeitpunkt.

Die erste Frage: Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die angestrebte Öffnung aus dem Lockdown im Kanton Zürich gelingen kann? Bei der letzten Umfrage des Bundesrates zu den Lockerungen per 1. März 2021 hat sich der Kanton Zürich als zurückhaltend gezeigt, nicht als Turbo-Öffner-Kanton. Uns scheint diese Strategie der kontinuierlichen Lockerung mit kleinen Schritten sinnvoll, um den sogenannten Jo-Jo-Effekt zu verhindern. Der eingeschlagene Weg lässt eine kontinuierliche Immunisierung der Bevölkerung zu, ohne dass die Fallzahlen und die Spitaleintritte gleich wieder explodieren. Eine schnelle Lockerung mit grossen Schritten und dann wieder Verschärfung wäre für die Bevölkerung und Wirtschaft viel negativer. Sogar ein Teil der Gastrobranche fordert deshalb ein vorsichtiges Vorgehen. Die Vorstösse von SVP und FDP auf nationaler Ebene sind verantwortungslos für Mensch und Wirtschaft.

«Sind denn genügend Testkapazitäten vorhanden?», wollen die Interpellanten wissen. Der Bundesrat hat verkündet, dass ab heute alle Corona-Tests kostenlos seien, auch in Apotheken und Testzentren verfügbar seien. Zudem soll jede Person fünf Selbsttests für zu Hause pro Monat gratis bekommen. Das Ganze soll 1 Milliarde Franken kosten. Es besteht aber bisher kein Umsetzungskonzept dazu. So ist die Frage, ob dieses Geld eventuell auch aus dem Fenster hinausgeworfen ist. Und es könnte sogar kontraproduktiv sein, weil die Leute selber testen und das Testresultat je nachdem falsch interpretieren. Welche Erleichterungen können denn gewährt werden mit den Schutzkonzepten und den Massentests? Jeder Test ist eine Momentaufnahme. Man kann heute negativ getestet werden, morgen jedoch positiv. Das Risiko besteht, dass die Hygienemassnahmen nicht mehr befolgt werden, weil das Testergebnis eine vermeintliche Sicherheit suggeriert. Darum sind jegliche Erleichterungen ausschliesslich aufgrund eines Testergebnisses mit grosser Vorsicht zu gewähren. Bisher gibt es keine verlässlichen Daten, die zeigen, dass vermehrtes Testen zu weniger positiven Fällen führt.

Die Fallzahlen sind in den letzten Wochen in allen Kantonen zurückgegangen und steigen nun leider wieder, unabhängig der Teststrategie ...
(Die Redezeit ist abgelaufen.)

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Wir haben diese Debatte, die die SVP mit dieser Interpellation anstossen will, eigentlich schon vor zwei Wochen im Zusammenhang mit den Urnenabstimmungen geführt und schon damals war ja klar, dass die SVP im Grunde ein faules Spiel treibt. Sie verlangen ja nichts anderes als eine Beschleunigung des Corona-Exits zu einem Zeitpunkt, wo man ohnehin eine weitere Öffnung erwarten darf. Sie rufen also nach einer Öffnung, wenn sowieso geöffnet wird, und dann tun Sie so, als hätte man wegen Ihnen geöffnet. Dabei hat die SVP in dem ganzen Corona-Jahr eigentlich noch nichts Konstruktives beigetragen. Sie hat im letzten Jahr bezüglich Corona bloss «gewäffelt» und ein bisschen «gestämpfelt». Heute hat Lorenz Habicher ein bisschen Kreide gefressen, ich gratuliere ihm. Und ich bin froh, dass er jetzt auch auf seine Gesundheitsdirektorin hört, schliesslich stammt sie ja aus seiner Partei. Und ich sage es hier gerne auch als Grüner: Frau Rickli hat seit dem Lockdown im März 2020 durchaus eine sehr gute Arbeit gemacht, sie hat auch in diesen schwierigen Zeiten Vertrauen in den Kanton geschaffen und die nötige Zuversicht ausgestrahlt, dass wir diese Corona-Krise tatsächlich gemeinsam gesundheitlich managen. Davon kann sich die SVP-Fraktion ein grosses Stück abschneiden. Zum Beispiel könnten Sie, bevor Sie Forderungen nach einem Ausstiegsdatum und nach Möglichst-rasch-den-Lockdown-Beenden und so weiter nach einem festgeschriebenen Exit-Pfad in die Welt setzen, einfach mal die Fallzahlen anschauen. Zurzeit steigen die Fallzahlen leider. Und wenn Sie bei der SVP auch noch Lust hätten, einmal auf die Wissenschaft zu hören, wüssten Sie, dass das Robert-Koch-Institut in Deutschland und jetzt auch unsere wissenschaftliche Task Force beim Bund Anzeichen einer dritten Welle festgestellt haben, die sich leider anbahnt. Daher ist diese dringliche Interpellation, die vor allem eine rasche Exit-Strategie fordert, mittlerweile wie zahlreiche andere Corona-Vorstösse hauptsächlich für den Papierkorb geschrieben, mehr nicht. Denn die Frage ist ja schon längst nicht mehr, wie die Regierung sicherstellen kann, dass wir aus dem Lockdown kommen. Die Regierung hat sicher kein Interesse – und wir Grünen übrigens auch nicht –, nur einen Tag länger als nötig im Lockdown zu verbleiben. Die entscheidende Frage ist doch heute einmal mehr, wie schon zigmal in diesem Jahr, ob die epidemiologische Lage es zulässt, dass wir vollstän-

dig aus dem Lockdown gehen. Und das müssen wir auch weiterhin jeden Tag, jede Woche prüfen. Das machen auch die Gesundheitsdirektion und der Regierungsrat und der Bundesrat, dafür brauchen wir keine SVP-Vorstösse. Sie meinen nämlich: Wenn man jetzt mehr testet, kommt alles schon gut. Sicher, das Testen ist ein wichtiger Eckpfeiler in der Bekämpfung der Pandemie. Das Testen kann aber andere Massnahmen nicht einfach ersetzen. Die Massnahmen – Sie wissen es alle – ergänzen einander, eine allein genügt eben nicht. Und noch ein Wort zu den Schäden für die kommenden Generationen, die immer bemüht werden: Auf der bürgerlichen Seite sagen Sie immer, diese Schäden seien finanzieller Art. Nein, wenn, dann sind die Schäden wirtschaftlicher Art. Wenn eine Vielzahl von Firmen und Gewerbebetrieben eingeht, ist der Schaden volkswirtschaftlich viel grösser, als wenn man denselben Betrieb so weit wie möglich mit staatlichen Härtefallbeiträgen über Wasser hält. Sie reden aber immer nur von den Staatsausgaben. Wir müssen aber vielmehr darüber reden, was es für eine Volkswirtschaft bedeutet, wenn die Leute tatsächlich ganz arbeitslos werden, wenn die Wertschöpfung der Unternehmen wegfällt und das dann die vielen auftragsabhängigen Firmen und Betriebe weiter mitreisst. Wenn wirtschaftliche Strukturen wegbrechen, die während Jahrzehnten aufgebaut worden sind, ist der Schaden für die kommenden Generationen bedeutend grösser, als wenn wir staatliche Härtefallmassnahmen und -gelder entrichten. Deshalb unterstützen wir Grüne übrigens sämtliche wirtschaftlichen Härtefallmassnahmen. Was wir hingegen nicht gutheissen, sind unbedachte Interpellationen, welche ungeachtet der epidemiologischen Lage Forderungen nach einem möglichst raschen Lockdown-Ausstieg in die Welt setzen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der SVP, für etwas gibt es die Wissenschaft und die Medizin, nämlich dafür, dass wir auf sie hören.

Mark Anthony Wisskirchen (EVP, Kloten): Besten Dank für die ausführliche Beantwortung. Wichtig wäre es dann noch zu wissen, wann die Impfzentren tatsächlich loslegen.

Schadensbegrenzung hört nicht bei den Härtefallprogrammen und beim Teilmietlerlass zum Schutz der Wirtschaft auf, sondern beim ernsthaften Einbezug einer klaren und weitsichtigen wie vernünftigen Gesundheitsstrategie. Die Interpellanten sprechen von einem für das Gewerbe zerstörerischen Ausmass aufgrund des Lockdowns durch die verordneten Corona-Massnahmen – mit finanziellen Schäden für Generationen. Es ist unbestritten sehr hart für die vielen betroffenen Unternehmen. Sie alle haben das uneingeschränkte Mitgefühl und Verständnis der EVP.

Der Finanzdirektor (*Regierungsrat Ernst Stocker*) unternimmt alles, wirklich alles, und das in vernünftiger Art und Weise, mit möglichst raschem Vorgehen, immer auch in Abhängigkeit der Bundesvorgaben, um den Zürcher Unternehmerinnen und Unternehmern und ihren Mitarbeitenden, die unter virusbedingten Einschränkungen und weiteren unsicheren Entwicklungen leiden, finanzielle Soforthilfe zu leisten und damit eine gewisse Entlastung zur Überbrückung zu bieten. Aber genauso wichtig ist eine vernünftige Gesundheitsstrategie. Die Gesundheitsdirektorin und ihre Mitarbeitenden, mit Unterstützung der verschiedensten Verbände in Langzeit- und Akutversorgung wie auch des GPV (*Gemeindepräsidienverband*) unternehmen auch hier alles, damit die Pandemie eingeschränkt und weitere Corona-Wellen nicht oder hoffentlich nur marginal unser komplett auf den Kopf gestelltes Leben so langsam wieder in eine einigermaßen neue Normalität und damit in einen hoffnungsvollen, möglichst raschen Aufschwung der Wirtschaft führen kann. Erzwingen kann das aber niemand, der Virus gibt den Takt an und scheut immer noch keine Landesgrenzen. Wir sind alle eigenverantwortlich, wie wir mit den Hygienemassnahmen und der permanenten Ansteckungsgefahr umgehen. Steigende Fallzahlen in der Schweiz und Nachbarstaaten, die sich immer noch im harten Lockdown befinden – Portugal und Spanien beispielsweise, aber auch Italien, das in weiten Teilen wieder in den harten Lockdown zurückgehen muss – lassen wohl keine raschen und unüberlegten wie verantwortungslosen Öffnungen zu. Stärkere Menschenbewegungen sind nicht förderlich. Die Pflegeheime und Spitäler spüren eine gewisse Entspannung nach einem Jahr extremer Belastung und arbeiten bis zur psychischen und körperlichen Erschöpfung. Setzen wir unsere Pflegenden und die Ärzteschaft, aber auch die verunsicherten Angehörigen von Covid-Patientinnen und Patienten nicht leichtfertig aufs Spiel.

Die EVP ist der Meinung, dass sowohl der Bund wie auch der Kanton es finanziell erlauben können, ja, müssen, unseren Wirtschaftsgeschädigten genau in einer Pandemie zu unterstützen. Dazu gehören neben Kultur, Gastgewerbe und allen weiteren betroffenen Branchen insbesondere auch Spitäler und Pflegeeinrichtungen, die unglaubliche Einbussen durch Vorhalte- und Nachleistungen mit angeordnetem Verzicht auf die normale Grundversorgung hingenommen haben und mehr als nur systemrelevant in einer Pandemie unter Vollast gearbeitet haben. Ein Virus wie Covid-19 und seine Wirkung sind zerstörerisch, haben zu beinahe 10'000 Covid-Toten geführt, nicht aber die Massnahmen, die zur Eindämmung des Virus vorgenommen oder auch angeordnet wurden. Bleiben wir also vorsichtig und lassen uns nicht von Lobbying,

persönlichen Bedürfnissen und Emotionen leiten. Ein schrittweises, den aktuellen Umständen geschuldetes Vorgehen ist sinnvoll, das Sicherste in einer weiter unsicheren Entwicklung.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Wir haben ja einen sehr interessanten Morgen heute: Zuerst reden wir ziemlich breit über die Stadt Zürich (*im Zusammenhang mit der dringlichen Interpellation KR-Nr. 43/2021*), den Autoverkehr, Tunnels und alles Mögliche, was man in den letzten 20 oder 30 Jahren versäumt hat, eine Diskussion ohne ein konkretes Ziel, und jetzt sind wir schon wieder in einer sehr, sehr breiten Diskussion über ein Thema, das uns Politikerinnen und Politiker natürlich ziemlich Bauchweh macht. Die Ursache dieser ganzen Geschichte ist ein Virus und der Virus hält sich ja nicht ans politische Schema, das wir in unseren Köpfen haben. Und jetzt müssen wir dazu auch noch Stellung nehmen, das ist natürlich relativ schwierig für uns Politikerinnen und Politiker. Wir möchten ja zu allem und jedem immer etwas sagen können, deshalb haben wir wieder eine sehr unbestimmte Interpellation mit einer sehr breiten und extrem ausführlichen Antwort. Wir stehen jetzt irgendwo in der Landschaft und sollten eine Meinung dazu abgeben. Vielleicht wäre es auch besser, wenn wir zum jetzigen Zeitpunkt keine Diskussionen darüber führen würden, es wäre vielleicht sinnvoller.

Einfach zwei Dinge, die doch noch zu erwähnen sind: Wir wissen, der Bund gibt den Takt vor, der Kanton ist im Nachvollzug. Und wenn wir da draussen als Politiker und Politikerinnen angesprochen werden, dann müssen wir uns auch immer viel anhören, was man alle versäumt und was man besser hätte machen können et cetera, also was ich schon über die Impfstrategie des Kantons und des Bundes – vor allem des Kantons – gehört habe, was alles schlecht sei und was der Bund alles schlecht gemacht habe, querbeet aus allen politischen Lagern. Wir müssen sehr wohl, wenn dann hoffentlich der Virus beendet ist und wir wieder frei herumlaufen können, eine Analyse machen, denke ich, wieso das mit der Impfstrategie vielleicht nicht so gut war, anders ausgedrückt, suboptimal ist, und wer die Verantwortlichkeiten hat. Aber das können wir im Nachhinein machen. Jetzt eine Selbstzerfleischung zu machen, bringt, glaube ich, nichts. Und wenn wir schon beim Regierungsrat sind, der ja in gewissen Dingen den Bundesrat übersteuert und schärfere Massnahmen als der Bundesrat hat, dann noch zu einem Thema, das meiner Klientel und auch mir am Herzen liegt, nämlich, dass der Regierungsrat ein viel rigoroseres Demonstrationsverbot hat als der Bund. Da möchte ich auch einmal noch etwas von einer Exit-Strategie hören.

Es ist ja so: Im Kanton Zürich sind politische Demonstration mit über 15 Leuten verboten, in anderen Kantonen ist das nicht so. In Chur haben vor einer Woche 4000 Leute demonstriert, in Basel haben am Samstag mehrere Tausend für den FCB (*Fussball-Club Basel*) demonstriert. Das ist ja alles gut und recht, aber in Zürich dürfen nicht mehr als 15 Leute demonstrieren. Ich war am Samstag wieder in der Innenstadt und sah riesige Schlangen von Menschen, die Einlass in irgendwelche Shopping-Läden begehrten, damit sie irgendetwas kaufen konnten. Das ist dann alles erlaubt, Menschentrauben an der Bahnhofstrasse, aber demonstrieren kann man nicht, weil der Regierungsrat da eine epidemiologische Gefahr sieht. Ich möchte jetzt nicht in die Hobby-Epidemiologie herunterkommen, aber wenn ich diese Menschenmassen sehe, dann kann ich dieses rigore Verbot nicht begreifen. Deshalb, Frau Rickli: Setzen Sie sich ein, damit der Regierungsrat auch hier eine Exit-Strategie hat. Danke.

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen): Vielen Dank für die Ausführungen und die unermüdliche Arbeit, die die Gesundheitsdirektion leistet. Auch wir sind der Meinung, dass sie einen sehr guten Job macht. Ich möchte aber dennoch etwas zum Lockdown und dem Verhältnis der SVP dazu sagen: Ein Lockdown ist und war noch nie eine nachhaltige Lösung in der Pandemiebekämpfung. Genau weil der Lockdown nicht nachhaltig ist, haben wir ein stetiges Auf und Ab. Logischerweise gehen Infektionszahlen nach einem Lockdown wieder nach oben, sonst wäre ein Lockdown ja noch abstruser. Entscheidend ist, ob man die Zeit während des Lockdowns weise genutzt hat, um nachhaltige Massnahmen zu ergreifen und dann parat zu sein, wenn man aus dem Lockdown geht. Mit einem Lockdown gewinnt man Zeit zur Reorganisation, um seine Kräfte und Mittel neu zu bündeln. Leider haben wir es im Sommer verschlafen, nachhaltige Konzepte aufzugleisen. Und es scheint mir auch, dass wir es während des zweiten Lockdowns verschlafen haben. Ansonsten hätten wir jetzt diese abstruse Öffnungsdiskussion nicht, sondern hätten unsere Tests oder wären bereits schon geimpft. Wenn der Bund einen Lockdown macht, dann muss er auch liefern. Wir müssen jetzt doch nicht darüber diskutieren, ob wir aufmachen können oder nicht, in Abhängigkeit davon, ob die Zahlen wieder steigen. Die Frage lautet: Sind wir bereit oder nicht? Und wenn nicht: Was haben wir denn während des zweiten Lockdowns gemacht? Die Linken werfen der SVP Kopflosigkeit vor, dass wir nichts gelernt hätten und wieder in eine dritte Welle schlittern. Das stimmt eben nicht. Wir wollen mit nachhaltigen Massnahmen den Rhythmus von Lockdown – Welle – Lockdown

– Welle – Lockdown unterbinden. Massnahmen wie Hygiene, Distanzhalten, Massen- und Einzeltests, Schutzkonzepte und jetzt noch das Impfen sollten es uns erlauben, nun endlich mit diesem Virus leben und umgehen zu können. Es darf keinen Lockdown mehr geben nach der dritten Welle. Mittlerweile wissen wir mehr und wir hätten die nötigen Mittel, dem Virus entgegenzutreten und damit auch eine gewisse Planungssicherheit. Die Frage jedes Politikers muss sein: Was können wir tun, um einen Lockdown zu verhindern? Welche Massnahmen müssten wir treffen? Und zum Schluss möchte ich sagen, dass das nicht die letzte Krise sein wird, die wir erleben werden. Ich will mir gar nicht ausmalen, wie es sein würde, wenn wir aufgrund eines elektrischen Impulses für mehrere Wochen oder sogar Monate keinen Strom mehr hätten. Wir können und dürfen nicht zukünftige Generationen – ich erwähne das hier bewusst – in Geiselhaft nehmen, indem wir mit geborgtem Geld Teile der Wirtschaft zum Schweigen bringen.

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Ich denke, es ist mittlerweile klar: Die nachhaltigste Lösung für die Epidemie/Pandemie sind breite Impfungen. Und hier muss ich unserer Gesundheitsdirektorin gratulieren, dass sie sich für den Kanton Zürich einsetzt und auch beim zuständigen Bundesrat protestiert, wenn der Kanton Zürich bei den Impfstofflieferungen benachteiligt wird. Verschiedene Politiker haben beim zuständigen Bundesrat (*Alain Berset*) aufgrund von willkürlichen Entscheidungen und Entscheidungen, die auf keinerlei Evidenz beruhten, diktatorische Tendenzen ausgemacht. Es wurde dann geantwortet: Wir können doch kritisieren, wir können etwas dagegen sagen, die Presse kann schreiben, was sie will. Leider gibt es Anzeichen, dass die Presse auch «eins aufs Dach bekommt», wenn sie zu kritisch wird. Gestern schrieb der «Sonntagsblick» einen grossen Artikel, einen Leitartikel über das Impfbeschaffungs-Debakel des Bundes. Der Leitartikel war ausführlich, es war sogar vom BAG als «Politbüro von Berset» die Rede, und Ähnliches. Eine Stunde später war der Leitartikel als Leitartikel verschwunden und hinuntergerutscht. Drei Stunden später war der Artikel wesentlich entschärft. Es stand nur noch etwas von «Schweiz auf dem Impfmangelmarkt», also alles wirklich Kritische war weg. Ich möchte nicht behaupten, dass hier massivst eingegriffen wurde, aber es ist immerhin möglich, dass sich der Bundesrat da nicht mehr Kritik gefallen lässt, was ein schlechtes Zeichen ist. Der Kanton Zürich erscheint mir gut aufgestellt für die Vorbereitung der Impfungen und der Massenimpfungen, auch der Massentests, wenn denn einmal der Impfstoff und alles da ist, das ist das Wichtigste.

Nun muss ich aber in einem Punkt auch Markus Bischoff, meinem Kollegen, recht geben. Ich sage nun nicht, dass auch ein blindes Huhn auch einmal ein Körnchen findet, denn das wäre unhöflich und ich schätze Markus Bischoff sehr. Aber Markus Bischoff hat gesagt, dass wir auch den Regierungsrat bitten sollten, sich zu überlegen, ob es bei allen sehr einschränkenden bis zu willkürlichen Massnahmen des Bundesrates nötig ist, dass der Regierungsrat für den Kanton Zürich zusätzliche Einschränkungen noch aufrechterhält. Hier gratuliere ich zu diesem Fund Herrn Markus Bischoff und möchte mich diesem Wunsch natürlich gerne anschliessen. Gesamthaft also Gratulation an unsere Gesundheitsdirektorin mit dem Ruf: Weiter so! Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Josef Widler (CVP, Zürich): Dass wir im Kanton Zürich jeden Impfstoff verimpfen, den wir bekommen, darüber müssen wir nicht diskutieren, wir müssen nicht über die Strategie diskutieren. Wenn der Impfstoff da ist, wird er verimpft. Da können Sie sicher sein. Und jetzt möchte ich als Hausarzt nicht politisch zu Ihnen sprechen, sondern ich möchte Sie wieder einmal an die Dinge erinnern, die wir wissen. Im Moment ist Mode: Testen, testen, testen! Unternehmungen testen und testen, und die einen möchten auch schon impfen. Sie haben es als Unternehmer heute schon in der Hand. Sie haben ja ausgezeichnete Hygienekonzepte. Das heisst: Wenn Sie diese Konzepte gut anwenden, dann werden Ihre Testungen negativ sein. Den Test brauchen Sie dann, wenn trotz Ihren Anstrengungen ein Fall in Ihrer Unternehmung auftritt, dann ist subito zu testen.

Zum blinden Testen: Wenn Sie das beruhigt, ist das schön, der Bund bezahlt es ja. Aber ich sage Ihnen: Legen Sie das Gewicht nicht auf das Testen, sondern auf Ihre Konzepte. Eine andere Diskussion: Soll man jetzt die Beiz öffnen, ja oder nein? Soll man die Terrassen öffnen, ja oder nein? Dass man die Terrassen öffnen kann – jetzt nicht wirtschaftlich gesehen, sondern rein epidemiologisch –, erscheint ziemlich klar. Wenn Sie dort die Sicherheitskonzepte einhalten, ist die Ansteckungsgefahr ausserhalb des Raums schon 19 Mal tiefer als in einem geschlossenen Raum. Also die Wahrscheinlichkeit, dass Sie sich auf der Terrasse anstecken, ist schon klein. Und wie ist es denn im Wirtshaus? Ein guter Wirt, der hat ein gutes Konzept. Die Tische sind weit auseinander. Sie sitzen zu viert an einem Tisch. Ihr Problem, Ihr Risiko sitzt Ihnen vis-à-vis. Ob Sie sich im Restaurant anstecken oder nicht, entscheiden Sie damit, mit wem Sie essen gehen und nicht, wer am Nebentisch sitzt. Diese Mentalität, die wir heute haben – wenn ich krank werde, ist der

daneben schuld –, ist die falsche Strategie. Sie selber haben es in der Hand. Davon ausnehmen muss man da ganz klar die betreuungs- und pflegebedürftigen Leute, sie müssen sich auf diejenigen verlassen können, die sie betreuen. Und wenn Sie jetzt die Fallzahlen anschauen: Offenbar gelingt es heute, unsere Alten zu schützen. Ob das jetzt schon wegen der Impfung ist, wage ich zu bezweifeln. Ich glaube eher, dass es die Konzepte sind, die Rücksichtnahme der Angehörigen und die Professionalität des Pflegepersonals. Es ist Zeit, die Sympathie oder die Solidarität der Generationen umzudrehen. Es kann nicht sein, dass unsere jungen Leute noch einmal ein Jahr verlieren. Die 18-, 19-, 20-Jährigen haben ein Jahr ihrer Jugend verloren und das haben sie bis jetzt ohne Murren gemacht. Ich fordere Sie auf: Schützen Sie die Alten, aber lassen Sie die Jungen um Gottes Willen wieder leben. Geben Sie die Selbstverantwortung zurück. Die Dummen werden durch Repression nicht gescheiter. Die Dummen werden sich auch nicht selber testen, sondern es sind sowieso jene, die sich schon Sorge tragen. Also mein Aufruf: Selbstverantwortung und Solidarität – eigentlich mein politisches Programm.

Urs Hans (parteilos, Turbenthal): Wir haben es mit einer politischen Pandemie zu tun, nicht mit einer medizinischen. Wie kann ein Ausstieg aus den von der WHO (*Weltgesundheitsorganisation*) geforderten und vom Bundesrat verfügten Massnahmen erfolgreich ablaufen? Ganz einfach: Die ganze Inszenierung des Panikorchesters im Bundeshaus mit den unsinnigen Massnahmen abblasen. Oder einfach in den Kantonen nicht mehr vollziehen. Es war nie gerechtfertigt, einen Lockdown mit diesen Massnahmen mit solch verheerenden Auswirkungen für unser Zusammenleben, wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr, anzuordnen. Eine kürzlich erschienene Studie in Kanada beweist, dass die Massnahmen samt Lockdown zu mehr Todesopfern geführt hat als das Virus selbst. In den USA führt 1 Prozent Arbeitslosigkeit mehr zu einer Todesrate von 58'000 Menschen. Die Massnahmen führten aber zu 20 Prozent zusätzlichen Arbeitslosen. In Frankreich hat es unter Studierenden noch nie so viel Suizid gegeben. In der Schweiz sind die kinderpsychiatrischen Anlaufstellen überlaufen und die Selbstmorde steigen. Wir haben heute eine totalitäre, fremdbestimmte Gesundheitspolitik der pharmagetriebenen Schulmedizin nach chinesischem Vorbild. Widerstand dagegen wird mit faktischen Versammlungsverboten im Keim erstickt, wie früher im Ostblock. Eine nie gekannte Zensur führt dazu, dass in den unsozialen Medien, im Print-Mainstream, Radio und Staatsfernsehen alles zensiert wird, was dem offiziellen Narrativ der

WHO widerspricht. Es ist eine Schande. Eine freie Presse gibt es nicht mehr und die einseitige Information führt zu unkritischer Gefolgschaft, zu Denunziation, Denunziantentum. Mehr noch: Alle, die sich frei äussern, werden unter Generalverdacht gestellt. 99 Prozent der Bevölkerung meistern das Virus mittels ihrer persönlichen Abwehrkräfte und erwerben dadurch eine bessere Immunität als jene, die Impfungen je bewirken können. Das Corona-Virus kann die Menschheit nicht ausrotten, nur 0,37 Prozent sind vom Tode bedroht. Diese Menschen müssen optimal behandelt und geschützt werden. Der Rest des Geschehens ist ein Schmutzgeschäft mit der gesunden Bevölkerung, wo es die Politik zulassen will, dass durchgedrehte Milliardäre sich noch mehr bereichern können. Alle, die dazu schweigen, werden zu Mittätern. Viele Ärzte treten den Hippokratischen Eid «*primum nun nocere*» mit Füßen. Sie lassen sich dazu herab, Menschen mit einem Impfstoff zu impfen, welcher in Wahrheit ein gentechnisches Experiment an der Bevölkerung darstellt. Dabei haben die willfähigen Politiker die Impfstoffhersteller von jeder Haftung befreit. Ob die Impfung wirkt und vor Ansteckung schützt, wurde noch nicht bewiesen. Und trotzdem reden unsere Politiker davon, Geimpfte zu privilegieren, ein Skandal erster Güte. Die Todeszahlen zu Corona strotzen von Intransparenz. Die Propaganda der Schweizer Medien braucht die Zensur, um sich schneller ausbreiten zu können und um die Wahrheit über die Impfnebenwirkung zu verbergen. Die neusten Zahlen aus den USA zeigen ein beängstigendes Bild: VAERS oder Vaccine Adverse Event Reporting System der CDC (*Centers for Disease Control and Prevention*) veröffentlicht regelmässig die Zahlen. Bis heute wurden gemeldet: Tote durch Impfung 1524, Bleibende Behinderungen 630, Besuche auf Notfallstationen 5781, Missbildungen bei Neugeborenen 42. Die Dunkelziffern sind bekanntlich immer noch viel höher, aber im Gegensatz zu den Europäern rücken sie die Zahlen heraus. In Israel und Norwegen sieht es nicht besser aus. Mein grösster Vorwurf an die Ärzteschaft ist der folgende: Obwohl von Anbeginn der Epidemie bewährte alternative Medikamente bereitstanden, weigerten sie sich, solche anzuwenden. Stattdessen diskutierten sie monatelang, ob vielleicht Remdesivir helfen könnte, bis die WHO verlauten liess, es schade mehr, als es nützen täte. In einem Interview von Radio DRS wurde der Kantonsarzt des Tessins (*Giorgio Merlani*) gefragt, wie man denn Covid behandeln könne. Daraufhin stotterte er, er wisse es nicht, da müsste man einen Praktiker fragen. Auf die Frage, was für ihn der schlimmste Fall wäre, sagte er, wenn wir eine Situation wie in Norditalien hätten. Die letzte Frage war, was für ihn den besten Fall darstellen würde. Daraufhin sagte er, wenn wir sofort eine Impfung

hätten. Dies ist bekanntlich das Programm, das nun abläuft. In China wurden unzählige Patienten mit hochdosiertem Vitamin C intravenös während Tagen wieder gesund. Das Gleiche geschah in Südamerika mit Chlordioxid. In den spanischsprechenden Ländern bis hinauf nach Mexiko wurden hunderttausende Patienten sehr erfolgreich von Ärzten damit behandelt. Die Medikamente unterstehen eben keinem Patentschutz mehr und bringen der Pharma zu wenig Gewinn. In einer RS wurden 15 Rekruten positiv getestet ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Nina Fehr Düsel (SVP, Küssnacht): Christian Müller von der FDP und Josef Widler von der CVP haben es gut gesagt. Ich danke auch für die guten Ausführungen von Regierungsrätin Natalie Rickli. Es wird Zeit, zurück zur Normalität zu gehen. Viele Leute sind coronamüde, es braucht eine klare Exit-Strategie, wie diese dringliche Interpellation auch fordert. Die Lockdowns oder Shutdowns haben das Gewerbe bereits stark geschädigt. Unsere Nachkommen müssen für die Schäden aufkommen, für die finanziellen Schäden. Und auch die psychischen Schäden sind enorm, gerade für die jungen Personen. Um aus dem Shutdown herauskommen braucht es neben den Schutzkonzepten auch genügend Testkapazitäten mit Massentests, wie erwähnt wurde, aber auch eine klare Impfstrategie. Regierungsrätin Natalie Rickli hat es richtig gesagt, der Kanton Zürich ist bei der Verteilung des Impfstoffes benachteiligt. Bundesrat Alain Berset konnte keine Antwort darauf geben, warum noch immer nicht genug Impfstoff vorhanden ist. In gewissen Kantonen, wie im Kanton Zug, werden bereits jüngere Personen geimpft. Im Kanton Zürich warten aber auch 75-Jährige auf eine Anmelde-möglichkeit. Dies darf nicht sein, der Bund muss Antworten liefern und genügend Impfstoffe beschaffen. Wir unterstützen Regierungsrätin Natalie Rickli stark in ihren Bestrebungen, dass der Verteilschlüssel der Impfdosen angepasst wird. Solange nicht genügend Impfstoff für alle Impfwilligen vorhanden ist, darf über allfällige Privilegien gar nicht diskutiert werden. Eine Impfung soll auch immer freiwillig sein. Es wird Zeit für weitere Öffnungen. Dafür braucht es die Möglichkeit, sich bald impfen zu lassen, und auch sonst eine klare Öffnungsstrategie seitens Bund. Auch dass die Quarantänepflicht verkürzt wurde, ist sehr zu begrüßen. Die Leute wollen arbeiten und es wird Zeit für mehr Normalität für die Bevölkerung. Wir müssen lernen, mit dem Virus und den vorhandenen Schutzkonzepten zu leben und nicht nur auf die Nachbarländer zu schauen. Besten Dank.

Benjamin Fischer (SVP, Volketswil): Ich möchte es vorab auch nicht unterlassen, der Gesundheitsdirektion herzlich für die Arbeit und auch für diese ausführliche Antwort auf unsere Interpellation zu danken. Es ist mir nach dieser Diskussion ein Anliegen, doch noch einmal klar und deutlich zu sagen, worum es uns geht. Der Titel der Interpellation heisst: «Erfolgreiche Corona-Exit-Strategie». Und geschätzter Kollege Thomas Forrer, es ist eben nicht die Frage, ob es die epidemiologische Lage zulässt, denn der Lockdown als Massnahme ist nicht alternativlos, und das ist der entscheidende Punkt. Ja, Corona ist zerstörerisch, auch die Massnahmen sind es. Und wir müssen schon differenzieren zwischen den Schäden, die durch das Virus verursacht werden, und den Schäden, die durch die Massnahmen verursacht werden. Und ich habe es schon häufig gesagt: Bei einer Therapie gilt es immer zwischen Wirkung und Nebenwirkung abzuwägen. Und je länger eine Therapie dauert, desto stärker fallen die Nebenwirkungen ins Gewicht. Und diese Lockdown-Strategie – mein Kollege Tobias Weidmann hat es Ihnen gesagt – ist eben keine Strategie. Lockdown ist eine Sofortmassnahme, um Zeit zu gewinnen. Und hier geht jetzt über die Zeit das Verhältnis zwischen Wirkung und Nebenwirkung eben nicht mehr auf. Ich vermisse hier einen Begriff, der sonst in der Mitte und auf der linken Seite sehr, sehr häufig bemüht wird, nämlich den Begriff der Verhältnismässigkeit. Es geht auch hier darum, die Verhältnismässigkeit zu wahren. Wir sprechen immer von «Wissenschaft»: Es gibt keine evidente Kausalität zwischen den Lockdown-Massnahmen und den Zahlen, die gibt es nicht, wenn man weltweit vergleicht. Kollege Markus Bischoff sagt, die Politik solle sich eigentlich am besten nicht äussern, das sei eine Sache, die einfach die Wissenschaft entscheiden müsse. Am liebsten sollte man gerade der Task Force die Entscheidungsmacht geben. Aber wenn es dann – er hat es ja auch deutlich gesagt – um seine Klientel geht, die am Demonstrieren gehindert wird, dann ist ihm das dann schon ein Anliegen. Und ich bin bei Ihnen, geschätzter Kollege Bischoff, ich finde diese Einschränkungen auch problematisch. Es ist aber noch problematischer, dass Sie fordern, dass wieder normal demonstriert werden darf, während Restaurants noch immer geschlossen sind.

Es geht darum, dass wir jetzt Alternativen finden. Wir müssen raus aus dieser Lockdown-Situation. Wir müssen zurück zur Normalität, weil dieser Zustand nicht mehr haltbar ist, weil die Schäden unverhältnismässig gross werden gegenüber dem, was er auf der anderen Seite bringt. Und hören Sie doch einmal auf den Präsidenten der Zürcher Ärztesgesellschaft, Josef Widler sagt es sehr, sehr gut: Die einfachen Massnahmen – Abstandhalten, Hygienemassnahmen – würden schon sehr

viel bringen, und die einschneidenden Massnahmen, die für diese massiven Schäden verantwortlich sind, bringen uns eigentlich nur einen ganz kleinen Zusatznutzen, vor allem, wenn wir jetzt noch bedenken, dass immer mehr Menschen geimpft und dadurch immun sind und immer mehr Menschen der Bevölkerung das Virus auch schon hatten, auch das dürfen Sie nicht vergessen. Deshalb – Sie wissen es ja – muss man auch vorsichtig sein mit diesen Zahlen, weil ein PCR-Test bei einer Person, die vor einigen Monaten Corona hatte, durchaus positiv sein kann. Und diese Person ist dann eben nicht noch einmal erkrankt, aber sie ist immer noch positiv. Wichtig sind deshalb die Hospitalisierungen und die Todesfallzahlen, die Übersterblichkeit. Das sind die Zahlen, die man wirklich beurteilen muss und die etwas aussagen. Also schliessen Sie sich uns an auf dem Weg zurück zur Normalität, und zwar unabhängig der epidemiologischen Lage. Wir müssen jetzt zurück zur Normalität, es geht nicht anders. Besten Dank.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Klar, der heutige Stand ist immer auch Folge der Massnahmen, die getroffen wurden. Ohne Massnahmen wäre es anders gekommen. Zweitens: Im Nachhinein ist man immer schlauer. Und drittens: Die jeweilige Optik prägt die Sichtweise, es gibt kein Richtig und kein Falsch, sicher nicht absolut. Es gibt Varianten, wie man vorgehen kann, und in vielen Fällen stochern wir auch heute noch, nach einem Jahr, im Nebel. Jetzt haben wir aber mehrfach gehört: Wir zahlen ja, wir geben viel Geld aus, also sind die Massnahmen unproblematisch. In dieser Absolutheit kann ich diese Aussage aus Sicht der KMU nicht gutheissen. Wir haben zwei Grundprobleme in dieser Krise: Erstens einmal ist es sehr zufällig, wen es trifft. Das liegt nicht daran, dass, wie sonst in Krisen, strukturschwache Branchen Probleme haben, solche, die vielleicht schlecht aufgestellt sind, sondern es ist wirklich einfach zufällig, wen die Massnahmen treffen, es ist nicht leistungsbestimmt. Und der zweite Punkt ist, und das ist dann die zweite Zufälligkeit: Es ist dann auch noch zufällig, wer Geld kriegt und wer kein Geld kriegt. Dies zusammen macht es ein bisschen schwierig und das ist vielleicht auch der Grund, weshalb wir heute diese intensive Diskussion haben, nicht nur hier, sondern auch in der Gesellschaft. Ich glaube, was nicht allen bewusst ist: Die Politik wäscht sich mit diesen Härtefallzahlungen ein bisschen weiss. Wir haben ja etwas gemacht und viel Geld ausgegeben, also ist alles gut. Das ist viel zu einfach, ich sage Ihnen nur ein Beispiel: Sie haben zwei KMU, gleiche Branche. Der eine hat sich bemüht, hat 39 Prozent Umsatzverlust gemacht. Was kriegt er? Nichts. Der andere hat sich ein bisschen weniger bemüht oder hat ein bisschen

mehr Pech gehabt und 41 Prozent Umsatzverlust gemacht. Und was kriegt er? 20 Prozent. Er hat nur den halb so grossen Umsatzverlust wie das andere Konkurrenzunternehmen und hat einen massiven Wettbewerbsvorteil. Das ist nicht unser Fehler, das wurde in Bern so aufgegleist, das ist mir ganz klar. Ich sage nicht, wir hätten etwas besser machen können, ich sage nur: Es ist naiv zu glauben, dass das, was wir tun, einfach die Probleme löst. Das tut es nicht, es ist relativ zufällig, wer das kriegt. Es sind im Moment auch eher strukturschwache Branchen, die das kriegen, und wahrscheinlich nicht diejenigen, die die Schweiz in zehn oder zwanzig Jahren weiterbringen sollten. Dasselbe gilt auch für die Kurzarbeit. Gewisse können mit Kurzarbeit arbeiten, andere kriegen nichts, Geschäftsführer kriegen ohnehin nichts, haben kurz mal was gekriegt. Es ist nicht einfach so, dass alles wunderbar ist, weil wir jetzt zahlen. Wir können auch nicht alles zahlen, das ist völlig klar, und das erwarten die KMU auch nicht, das haben wir von Christian Müller auch gehört. Aber wir dürfen einfach nicht glauben, dass wir die Probleme damit lösen können. Es ist übrigens auch so, dass die meisten KMU, denen es schlecht geht, das nicht an die grosse Glocke hängen, es ist nämlich kein gutes Werbeargument, wenn es einem wirtschaftlich nicht gut geht. Auch Durchschnittswerte sind nicht besonders aussagekräftig. Ich kann Ihnen ein Beispiel aus der ICT sagen: Im Schnitt hat sich diese einigermaßen gehalten, aber wissen Sie, wer die Umsätze gemacht hat? Das sind die amerikanischen Konzerne. Die Schweizer ICT-Branche ist eingebrochen, das ist ganz klar. Nur wenn man dann die Durchschnitte anschaut, dann sieht es nicht so schlecht aus. Ich sage Ihnen ganz einfach, ich habe in meinem KMU während 20 Jahren den Grundsatz gehabt: Ich entwickle in der Schweiz. Und nun habe ich letzte Woche das erste Mal einen Inder angestellt, nach 20 Jahren. Er ist auch im Home-Office, aber Indien ist im Home-Office gleich nahe wie Regensdorf oder irgendein anderer Ort. Und ich bin nicht der Einzige, der das tut, und das sind die Branchen, die uns in Zukunft weiterbringen sollten. Ich sage einfach: Seien wir wachsam. Glauben wir nicht, dass wir mit ein bisschen Geldverteilen, Thomas Forrer, das Problem lösen. Das tut es nicht. Darum ist es schon wichtig, dass man hinschaut: Wie weit und wie lange sollen diese Massnahmen gehen? Das ist nicht nur ein Problem des Kantons Zürich, deshalb gehen auch keine Vorwürfe an unsere Gesundheitsdirektorin, aber einfach mit Geld weisswaschen können wir uns nicht. Und wir können auch nicht alles bezahlen. Wir werden in Zukunft bessere Rahmenbedingungen für diese KMU schaffen müssen. Und da bin ich dann nicht ganz sicher, ob die Linksparteien, die heute für jede noch so absurde Einschränkung zu

haben sind, dann auch für verbesserte Rahmenbedingungen dieser KMU zu haben sind. Denn das wird es brauchen, denn das kann man zahlen. Geld für alle, das haben wir einfach nicht, auch wenn wir scheinbar 499 Millionen Franken «vorig» haben. Besten Dank.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) spricht zum zweiten Mal: Wir haben es jetzt gehört, nachdem Lorenz Habicher die Kreide gefressen hat, zeigt die SVP jetzt doch ihr wahres Gesicht: Es geht also doch um die Diktatur, es geht also doch darum, dass wir möglichst schnell aussteigen – egal, komme was wolle. Und es wird uns auch vom Parteipräsidenten der SVP (*Benjamin Fischer*) höchstpersönlich gesagt, dass eigentlich der Lockdown-Exit – ich zitiere – «nicht von der epidemiologischen Lage abhängt». Da kann man dann seine eigene Gesundheitsdirektorin noch so viel loben vonseiten der SVP. Man kann sie loben, aber man hört dann doch nicht auf die Expertinnen und Experten aus der Gesundheitsdirektion. Man hört dann eben doch nicht auf die Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft und aus den Spitälern, sondern man weiss es einfach grundsätzlich besser. Und wenn man dann zu den Zahlen kommt: Ja, man findet immer einen Grund, um eine Statistik irgendwo zu bemängeln. Man spricht von Alternativen, formuliert uns aber keine. Das ist keine Corona-Politik, das ist genau dieses «Gewäffel» und dieses «Gestämpfel», das wir von der SVP jetzt ein ganzes Jahr lang gehört haben. Und stellen Sie sich vor, ich stehe an einer Ampel, ich schreie diese Ampel an – «Fussgänger hier, bitte mach grün, bitte mach grün!» – und dann nach einer halben Minute stellt die Ampel auf Grün und ich sage «Das ist wegen mir passiert, das habe ich vollbracht, darum ist diese Ampel auf Grün gegangen», so kommt mir die Forderung der SVP nach einem sofortigen Lockdown-Exit ungefähr vor. Wenn wir dann an diesem Punkt sind, werden Sie sich alle auf die Schultern klopfen und sagen «Wir haben es gemacht». Stimmt nicht, es geht aus der sorgfältigen Arbeit der Gesundheitsdirektion und des Regierungsrates hervor, wenn wir dann endlich an diesen Punkt kommen. Ähnliches bei der FDP: Marc Bourgeois, natürlich will niemand diesen Lockdown. Glauben Sie, jemand von den Grünen oder der SP hätte Freude daran, dass wir diesen Lockdown machen müssen, dass wir unsere Geschäfte schliessen und auch noch Knebel zwischen die Beine werfen und Hürden aufbauen müssen? Das wollen wir doch nicht. Niemand hat ein Interesse daran. Allerdings, wenn dann die Alternative zum Lockdown einfach Ihr liberales parteipolitisches Programm ist, dann, muss ich sagen, kann ich Ihnen das eben nicht wirklich abnehmen. Sie kommen dann einfach mit dem blauen Parteibuch und sagen:

Wenn wir das umsetzen, dann brauchen wir keinen Lockdown. Das ist zu einfach. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen und Firmen verbessern, das wollen wir alle, Sie formulieren das dann einfach in Ihrem liberalen Sinne. Aber jetzt sind wir an einem anderen Punkt. Wir müssen die epidemiologische Lage weiterhin ernst nehmen. Das tun wir von den Grünen, deshalb sage ich: Vertrauen wir unserer Regierung. Wir vertrauen unseren Experten, sie werden uns sagen, wann es soweit ist. Und bis dahin bitte ich Sie, hören Sie auf mit diesem «Gewäffel» und «Gestämpfel».

Lorenz Habicher (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich bin dankbar für die sachliche Diskussion. Wir können es. Nicht nur die SVP kann differenziert debattieren, der Zürcher Kantonsrat kann es. Andreas Daurù hat eingangs gesagt, dass er überrascht sei von der Argumentation. Thomas Forrer nennt mich Kreidefresser, da ist schon okay. Aber ihr solltet wissen: Wir können es. Wir können Mehrheiten schaffen und wir können sachlich debattieren und nicht über ein Spiel sprechen. Thomas Forrer, dein Weltbild ist sehr beschränkt, dein Feindbild ist die SVP. In deinem ersten Votum hast du die SVP achtmal ins Feld geführt, du spielst damit, in deinem zweiten Votum hast du nochmals fünfmal die SVP ins Spiel gebracht. Wenn wir nicht selber debattieren und selber unsere Argumente vortragen würden, hätten wir mit Thomas Forrer sicher jemanden, der die Position der SVP zur Debatte trägt. Wir sind hier im gleichen Boot. Die Interpellation, die wir eingereicht haben, hatte ein Ziel, und dieses Ziel ist mit dieser Debatte eigentlich schon erfüllt. Die Interpretationen und Gedanken der GLP wurden von der Redezeit leider abgebrochen. Ronald Alder, es tut mir leid, dass du in die Redezeitbeschränkung geraten bist. Aber es wäre vielleicht besser, wenn du dich von deiner einseitigen Tunnelsicht der Spitäler ein bisschen löst und die ganze GLP abbilden würdest.

Wir hatten sehr gute Voten von Josef Widler, das muss ich sagen, als Hausarzt gefällt er mir ausgezeichnet. Und es ist so, die Hygienemassnahmen müssen befolgt werden, das ist das A und O. Und wenn wir die Bevölkerung jetzt nicht langsam aus diesen Massnahmen entlassen, aus dem Lockdown führen, dann wird sie sich nicht mehr an die Hygienemassnahmen halten. Irgendwann hat sie genug, findet es nicht mehr nötig. Wir müssen also vorwärtsmachen. Wir müssen hier drinnen diskutieren und wir müssen die Exit-Strategie angehen. Sie sehen es, auch ein Votum von Urs Hans hatte Platz. Auch hier darf man freie Meinungen, seine freie Überzeugung erfrischend einbringen, und dem gebührt auch Respekt. Es soll so sein, dass jeder seine Meinung einbringen kann

und dass wir alle am gleichen Strick ziehen. Diese Interpellation war das Ventil, damit wir das können. Und wir haben alle gezeigt, der Kantonsrat hat es gezeigt, dass wir mit einer guten Antwort der Regierung und einer guten Diskussion aus diesem Lockdown herausfinden und das nachhaltig machen, ohne dass wir weitere Schäden in Kauf nehmen. Ich danke Ihnen und bin jetzt gespannt, was die Gesundheitsdirektorin, die auch von der SVP ist, noch zum Abschluss dieser Debatte zu uns sagt.

Ratspräsident Roman Schmid: Sie müssen sich leider noch etwas gedulden.

Maria Rita Marty (SVP, Volketswil): Der Virus ist da und wird uns immer begleiten. Es ist für mich unbegreiflich, dass es Parlamentarier gibt, die angesichts der zahlreichen psychischen Erkrankungen, der Gewalt in der Familie, der Vereinsamung von breiten Kreisen der Bevölkerung, der zerstörten Existenzen, der gravierenden Erhöhung der Zahl der Suizide keinerlei Mitgefühl zeigen und diese Opfer einfach ignorieren. Dies ist menschenverachtend und empathielos, dafür habe ich kein Verständnis. Massnahmen müssen Opfer verhindern und nicht verursachen. Die Kollateralschäden der Massnahmen sind verheerend und eine reine Machtdemonstration unter Missachtung der Gesundheit der Bevölkerung. Dies ist verwerflich und soziopathisch. Die Bevölkerung hat genug von diesen unsinnigen Massnahmen, die nichts nützen und derart unlogisch sind, dass selbst ein Kind deren Widersprüche und Willkür erkennen kann; Willkür, ja, in dermassen hohem Masse, dass man das fast nicht begreifen kann. Diese Massnahmen waren noch nie darauf ausgerichtet, schwere Krankheitsverläufe zu verhindern, sondern sie haben die schweren Krankheitsverläufe verursacht. Denn wenn man Menschen bricht, sind sie anfälliger auf einen schweren Krankheitsverlauf, wie man dies in den Altersheimen gesehen hat. Auch stand nie die Kapazität der Spitäler im Vordergrund, denn vor dem Lockdown im letzten Dezember wurden die Intensivplätze von 1100 auf 957 vermindert. Warum eliminiert man 143 zertifizierte Intensivplätze, wenn die Situation ja anscheinend derart gefährlich ist und man die Massnahmen aufgrund der Verhinderung der Spitalkapazitäten macht? Die Antwort liegt nahe und jeder, der einen kleinen Funken Verstand hat, kennt die Antwort: Wir haben schweizweit nur 957 Intensivplätze momentan, das heisst für 8,5 Millionen Einwohner bestehen nur 957 Plätze. Aber sogar diese geringe Anzahl war bisher genügend, um eine Notsituation zu verhindern. Denn über 300 der Intensivplätze sind leer. Zählt man noch

die abgebauten 143 Plätze dazu, haben wir 433 zertifizierte Intensivplätze, die leer sind, ja, Sie hören richtig, 433 leere, also fast die Hälfte ist leer, und dies seit einiger Zeit. Wir hatten am 11. März 166 Personen schweizweit, also von 8,5 Millionen Bewohnern 166 auf den Intensivstationen. Und was ist das? Ist das viel für 8,5 Millionen? Das ist viel, aber noch mehr als diese 166 hat es Opfer, tausende, hunderttausende von Opfern, die leiden, Menschen in den Altersheimen, die eingesperrt sind. Die sterben nicht an Corona, die sterben am Eingesperrt-Sein, an den Massnahmen. Das Einsperren verursacht Tote. Man zerstört das Immunsystem. Ich möchte nicht als Feigling oder Mittäterin in die Geschichte eingehen, und so hoffe ich, dass auch viele andere ihre Verantwortung für diese Personen mittragen und entsprechend handeln. Jede Person, die ihre Stimme nicht erhebt, ist mitverantwortlich für das unsägliche Leid dieser Opfer, für den Tod und für nicht wiedergutzumachende Nachteile. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Claudio Schmid (SVP, Bülach): Ich möchte nur Thomas Forrer rasch eine Antwort geben. Er hat zweimal das Wort ergriffen, also kann ich auch einmal antworten. Ich habe hier zu diesem Thema ein ambivalentes Verhältnis. Ich sage ganz klar: Es ist eine gefährliche Krankheit, da gibt es nichts zu bagatellisieren. Wir dürfen aber nicht eine ganze Gesellschaft in Geiselhaft nehmen. Ich sehe das bei mir persönlich: Die halbe Familie ist derzeit in der Armee und wird eingesperrt, hatte noch nie Ausgang, ist im Monatsrhythmus unterwegs und kann nur selten nach Hause kommen. Es ist einfach nicht in Ordnung, wenn man die Panikmache von Bern aus streut und kommentiert. Es ist auch nicht in Ordnung, wenn die ganze Jugend in Geiselhaft genommen wird. Wir haben immer betont, dass die ältere Bevölkerung gezielt geschützt werden muss; das unterstütze ich. Aber wir können auch nicht so tun, als würde eine ganze Gesellschaft von diesem Risiko sehr stark betroffen sein. Ich weise die Kritik von Thomas Forrer auch insofern zurück, als die Diktaturvorwürfe eine Rhetorik vor der Session gewesen sind. Leider hat das Parlament genau vor einer Woche die Politik des Bundesrates an sich von A bis Z gestützt und beschlossen, obwohl ja die FDP anfänglich gar eine PUK (*Parlamentarische Untersuchungskommission*) forderte. Letztlich haben alle Parteien, mit Ausnahme der SVP, nur kritische Zeichen setzen wollen. Also Thomas Forrer, bitte nicht diese Rhetorik an unsere Adresse. Besten Dank.

Ronald Alder (GLP, Ottenbach) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte hier selbstverständlich jetzt nicht mehr lange werden, aber ich muss

Ihnen schon sagen, vielleicht jetzt auch zu Lorenz Habicher betreffend meinen Tunnelblick: Ich habe ein wenig mitbekommen, wie es in den Spitälern von November bis Januar zu- und hergegangen ist. Und wenn es hier in diesem Ratssaal jetzt Leute gibt, die sagen «Corona gibt's ja gar nicht, das kann man ignorieren» – vorhin gab es eine Rednerin, die behauptet hat, dass unsere Massnahmen keine schweren Verläufe verhindert hätten –, dann weiss ich gar nicht genau, auf welchem Planeten Sie hier leben. Selbstverständlich haben die Massnahmen dazu gedient, viele schwere Verläufe zu verhindern, das war insbesondere auch das Ziel und das haben wir zum Glück auch erreicht. Ich möchte mir nicht vorstellen müssen, was geschehen wäre, wenn wir diese Massnahmen nicht ergriffen hätten. Darum sind sie notwendig. Sie waren notwendig und darum stehen wir hier als GLP auch dafür ein, dass die Lockerungen selbstverständlich wieder folgen müssen. Wir wünschen uns ja auch alle ein normaleres Leben, aber die Lockerungen müssen eben vorsichtig gemacht werden, bedacht und wohlüberlegt. Diese Behauptung vorher, dass die Spitäler ja gar nicht ausgelastet gewesen seien – auch hier wieder: Ich habe keine Ahnung, wo Sie von November 2020 bis Januar 2021 waren, aber vermutlich nicht in der Schweiz. Und Sie haben auch nie mitbekommen, wie es in einem Spital zu- und hergegangen ist. Und wenn Sie schon keine Ahnung haben – Entschuldigung, wenn ich das hier so deutlich sage –, dann sollten Sie sich auch nicht dazu äussern. Äussern Sie sich zu dem, wovon Sie auch wirklich etwas verstehen, und sprechen Sie nicht einfach so ins Blaue. Das ist einfach total unseriös und ist auch gegenüber all den Betroffenen, den Erkrankten, die jetzt wieder genesen sind, und vor allem auch gegenüber denjenigen, deren Angehörige verstorben sind, absolut respektlos. Ich bitte Sie nochmals innigst, wirklich zu Themen zu sprechen, von denen Sie auch etwas verstehen. Danke.

Regierungsrätin Natalie Rickli: Herzlichen Dank für diese intensive, sachliche und unaufgeregte Debatte, zumindest bis vor kurzem. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir uns intensiv zu diesem Thema unterhalten und dass Sie sich darüber unterhalten können. Ich spüre das natürlich auch, wir in der Gesundheitsdirektion, der Regierungsrat, wir haben ebenfalls viele Rückmeldungen aus der Bevölkerung, die unzufrieden sind, und wir können das alle auch nachvollziehen. Insofern danke ich auch Kantonsrat Markus Bischoff für seinen Hinweis. Ich weiss, dass auch Sie sich jetzt anhören müssen, was der Kanton nicht so gut macht, und sicher sind auch irgendwo Fehler passiert. Und es ist richtig, da können wir irgendwann alle gemeinsam zurückschauen, wenn die

Pandemie hoffentlich vorbei ist, und natürlich auch aufarbeiten, was man besser hätte machen können.

Ich möchte zu zwei Punkten noch etwas Aktuelles sagen, zum Testen und zum Impfen. Zum Testen kann ich noch ergänzen, dass wir im Sonderstab auch einen Teilstab «Testen» gemacht haben, wo neben der Gesundheitsdirektion auch das AWA (*Amt für Wirtschaft und Arbeit*) dabei ist, aber auch die Gemeinden und die Städte, damit wir schauen können, wie wir das im Kanton bestmöglich aufstellen können. Kantonsrat Jörg Kündig (*Präsident des Gemeindepräsidentenverbands*) arbeitet dort auch entsprechend mit. Hier ist vielleicht noch wichtig zu betonen: Wenn der Bund Änderungen oder neue Möglichkeiten im Bereich «Testen» erlässt, passiert das ja jeweils sehr schnell. Am Freitag hat er das neue Paket verkündet. Bereits heute tritt das in Kraft. Aber im Kanton braucht das natürlich noch einige Zeit, bis das auch richtig umgesetzt ist. Und es ist sicher so, dass im Kanton Zürich mit 1,5 Millionen Einwohnern und den Begebenheiten mit sehr vielen Firmen, mit sehr vielen Schulen mit sehr vielen Schülern und auch sehr vielen Gesundheitsinstitutionen – das sehen wir auch beim Impfen, es sind 400 Heime, die wir impfen und die auch getestet werden wollen, auch das wurde im Rat gesagt – die Umsetzung einfach ihre Zeit dauert. Aber wir sind aktiv daran und auf Anfang April können wir hier sicher noch weiter loslegen. Es ist ja nicht so, dass wir vorher nichts gemacht hätten. Schon nach der ersten Ankündigung des Bundes haben wir, haben meine Mitarbeitenden vor allem, intensiv an einer Teststrategie für den Kanton gearbeitet, haben eine Website mit Anmeldeformularen für Institutionen auf die Beine gestellt, haben diese bewilligt, Gespräche geführt. Und Sie sehen, kaum ist es in Kraft getreten, ändert es schon wieder aus Bundesbern. Das ist keine Kritik, sondern einfach eine Feststellung. Ich glaube, wir alle tun unser Bestes.

Zum Impfen kann ich Sie noch informieren: Wir haben – Stand gestern Abend – 165'799 Impfungen verabreicht, davon 106'102 Erstimpfungen und bereits 59'697 Zweitimpfungen. Immer wieder wird ja auch kritisiert oder angesprochen, warum Zürich noch kein Registrierungstool hat. In der Tat schalten wir das jetzt dann Ende März auf, kurz bevor die Impfzentren in Betrieb gehen werden, sodass es für die Personen, die noch keine Möglichkeit haben, sich beim Hausarzt zu impfen, hier vor allem die Über-75-jährigen und anderen Erwachsenen mit chronischen Krankheiten. Uns ist es sehr wichtig, dass diese möglichst beim Hausarzt versorgt werden, damit sich diese dann zeitnah auch anmelden können, ebenso die Über-65-jährigen. Hierzu hat ja auch Kantonsrat Mark Wisskirchen noch eine Frage, wann es losgeht mit den

Impfzentren: Messe Oerlikon, das grösste Impfzentrum im Kanton, startet am 6. April und die anderen zehn grösseren Impfzentren starten dann gestaffelt nach dem 6. April. Ich gestatte mir auch noch hier den Hinweis, Sie wissen es noch oder vielleicht auch nicht mehr, die Pandemie ist ja so schnelllebig und auch die Kritik dazu: Der Kanton Zürich wurde ja auch als Trödelkanton bezeichnet, weil wir nicht schon im Januar riesige grosse Impfzentren hatten. Sie sehen es jetzt, diese wären alle leer gestanden. Ich sage das auch etwas mit Blick auf die Steuergelder, bei denen wir auch immer versuchen, zu schauen, dass das einigermaßen im Griff ist. Ich glaube, wir sind immer noch auf Kurs. Was wir angekündigt haben, die Impfzentren, sie gehen auf; anfangs wahrscheinlich noch mit reduzierter Kapazität, je nachdem, wie viel Impfstoff da ist.

Dann erlauben Sie mir noch ein Wort zur Zusammenarbeit mit dem Bund: Natürlich geht es jeweils hitzig zu und her, und auch die Medien haben daran zum Teil ihren Beitrag. Wir können die Krise ja nur alle gemeinsam bewältigen: Bund, Kantone und Gemeinden und auch die verschiedenen Institutionen, Stakeholder oder Sie als Kantonsräte. Und manchmal wird die Kritik dann auch weniger heiss, als sie gekocht wurde, wie man so schön sagt. Ich kann Ihnen sagen, der Bund, das BAG, der Kanton Zürich, die Gesundheitsdirektion, wir sind ja in einem engen Austausch auch bezüglich Impfstoffverteilung. Wir haben uns gerade auch am Wochenende nochmals unterhalten und gemeinsam Folgendes festgestellt: Das EDI (*Eidgenössisches Departement des Innern*) und der Kanton Zürich haben sich über den aktuellen Verteilschlüssel unterhalten. Das EDI hat dem Kanton Zürich dargelegt, dass der aktuelle Verteilschlüssel die Anzahl Risikopersonen berücksichtigt und daher der Kanton Zürich, der im Vergleich zu anderen Kantonen eine jüngere Bevölkerung hat, im Verhältnis zur Bevölkerung leicht weniger Impfdosen erhält als andere Kantone. Dies ist mit Blick auf die Impfstrategie, zuerst allen Risikopersonen eine Impfung zu ermöglichen, nachvollziehbar. Das EDI hat den Kanton Zürich in diesem Zusammenhang auch darüber informiert, dass der Verteilschlüssel Mitte April angepasst wird. Dieser neue Verteilschlüssel berücksichtigt die Gesamtbevölkerung, inklusiv Grenzgänger, die im Gesundheitsbereich arbeiten, und subtrahiert die erste Priorisierungsgruppe 1 der besonders gefährdeten Personen, die in der ersten Kontingentierungsphase berücksichtigt wurden. Damit wird über die ganze Impfphase eine Gleichbehandlung sämtlicher Kantone sichergestellt. Sie sehen, unsere Wünsche oder Kritik wurden erhört, auch, was ich jetzt von Ihnen gehört

haben. Mitte April erhalten wir so viel Impfstoffe, wie wir an Bevölkerung haben.

Es bleibt mir am Schluss nur noch, für die Unterstützung zu danken und die Bevölkerung um Unterstützung und vor allem um Geduld zu bitten. Daran führt uns kein Weg vorbei. Vielen Dank.

Ratspräsident Roman Schmid: Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.

6. Verschiedenes

Nachruf

Ratspräsident Roman Schmid: Ich habe Ihnen die traurige Mitteilung zu machen, dass der ehemalige Kantonsrat Peter Vonlanthen verstorben ist.

Peter Vonlanthen aus Oberengstringen war von 1996 bis 2003 im Kantonsrat vertreten. Der SP-Kantonsrat rückte damals für Markus Notter nach, der in den Regierungsrat gewählt worden war.

Peter Vonlanthen galt als tatkräftiger Macher, der seine Meinung im Rat stets mit Feuer vertreten hat. Der SP-Politiker war besonders sensibilisiert auf Themen der Arbeiter und Angestellten, was wohl auch seinem beruflichen Hintergrund geschuldet war. Peter Vonlanthen leitete während einem Vierteljahrhundert die Geschicke des Kaufmännischen Verbandes Zürich, zuerst als Geschäftsführer und später als Präsident. Der gebürtige Basler bewies in dieser Zeit einen Riecher für aktuelle Entwicklungen. So war er 1992 massgeblich mitbeteiligt, dass sich das «Kaufleuten» von einem verstaubten Personal-Restaurant in einen attraktiven, schillernden Treffpunkt verwandelte, der aus Zürich nicht mehr wegzudenken ist.

Peter Vonlanthen ist letzten Montag, am 8. März 2021, im Alter von 73 Jahren verstorben. Infolge der aktuellen Lage gibt es keine Beisetzung und Abdankung. Wir halten seinen grossen Einsatz für Kanton und Parlament in Ehren und sprechen den Hinterbliebenen unser herzliches Beileid aus.

Schluss der Sitzung: 11.50 Uhr

Es findet eine Nachmittagssitzung mit Beginn um 14.30 Uhr statt.

Zürich, den 15. März 2021

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 12. April 2021.